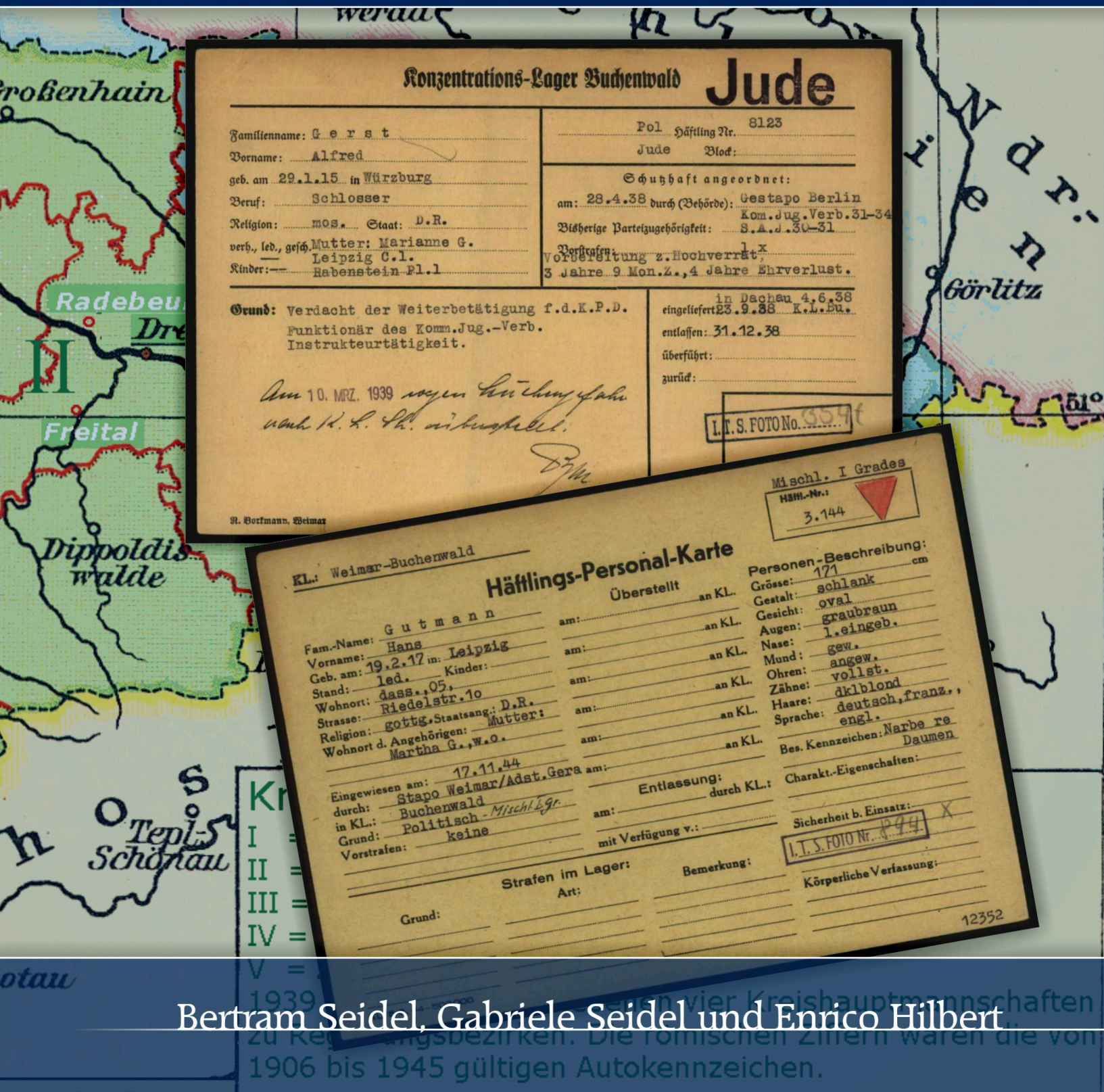


Wie Lämmer zur Schlachtbank?

Widerstand und Verweigerung aus der jüdischen Bevölkerung Sachsens gegenüber dem NS-Regime 1933-1945



Konzentrations-Lager Buchenwald Jude

Familienname: <u>Gerst</u>	Pol. Häftling Nr. <u>8123</u>
Vorname: <u>Alfred</u>	Jude Block:
geb. am <u>29.1.15</u> in <u>Würzburg</u>	Schutzhaft angeordnet:
Beruf: <u>Schlosser</u>	am: <u>28.4.38</u> durch (Behörde): <u>Gestapo Berlin</u>
Religion: <u>mos.</u> Staat: <u>D.R.</u>	am: <u>23.9.38</u> durch (Behörde): <u>Kom. Jug. Verb. 31-34</u>
verh., led., gesch. <u>Mutter: Marianne G. Leipzig C.l.</u>	Bisherige Parteizugehörigkeit: <u>S.A.J. 30-31</u>
Kinder: <u>Rabenstein Pl.1</u>	Vorstrafen: <u>1 x</u>
	<u>3 Jahre 9 Mon. Z., 4 Jahre Ehrverlust.</u>

Grund: Verdacht der Weiterbetätigung f.d.K.P.D. Funktionär des Komm. Jug.-Verb. Instrukteurtätigkeit.

Am 10. MRZ. 1939 wegen Kurierfahrt nach H. L. Pl. inhaftiert.

in Dachau 4.6.38
eingeliefert 23.9.38 K.L. Bu.
entlassen: 31.12.38

überführt: _____
zurück: _____

I. T. S. FOTO No. 5597

H. Dorfmann, Weimar

Mischl. I Grades
MHNr.: ▼
3.144

KL: Weimar-Buchenwald

Häftlings-Personal-Karte

Fam.-Name: Gutmann am: _____ an KL. Überstellt

Vorname: Hans am: _____ an KL.

Geb. am: 19.2.17 in: Leipzig am: _____ an KL.

Stand: led. Kinder: _____ am: _____ an KL.

Wohnort: dass., 05, am: _____ an KL.

Strasse: Riedelstr. 10 am: _____ an KL.

Religion: gottg. Staatsang.: D.R. am: _____ an KL.

Wohnort d. Angehörigen: Mutter: Martha G., W.O. am: _____ an KL.

Eingewiesen am: 17.11.44

durch: Stapo Weimar/Adst. Gera am: _____

in KL.: Buchenwald am: _____

Grund: Politisch - Mischl. Egr. am: _____

Vorstrafen: keine am: _____

Entlassung: _____ durch KL.: _____

mit Verfügung v.: _____

Strafen im Lager: _____ Art: _____

Bemerkung: _____

Grund: _____

Personen-Beschreibung:

Größe: 171 cm

Gestalt: schlank

Gesicht: oval

Augen: graubraun

Nase: 1. eingeb.

Mund: gew.

Ohren: angew.

Zähne: vollst.

Haare: dkl blond

Sprache: deutsch, franz., engl.

Bes. Kennzeichen: Narbe re Daumen

Charakt.-Eigenschaften: _____

Sicherheit b. Einsatz: _____

I. T. S. FOTO Nr. 894 X

Körperliche Verfassung: _____

12352

Bertram Seidel, Gabriele Seidel und Enrico Hilbert

**Bertram Seidel,
Gabriele Seidel, Enrico Hilbert**

Wie Lämmer zur Schlachtbank?

**Widerstand und Verweigerung aus der jüdischen Bevölkerung in Sachsen gegenüber dem
NS-Regime 1933-1945**

Chemnitzer-Lebenswege

Begleitheft zur Ausstellung zum Chemnitzer Friedenstag 2026

In Zusammenarbeit mit Matthias Wagner

„ ... Erst nach Erwerb dieser Kenntnisse, welche- die Armee als absolute Vorbedingung für einen erfolgreichen Kampf gegen Hitler begreift, erhält er ein Gewehr, Modell Springfield '98, mit einer Feuerkraft von zwei Schuß pro Ladung, ein wahres Museumsstück – aber es ist ein Gewehr, und wie er da steht, in der vordersten Reihe der Kompanie C des 31. Ausbildungsbataillons, und das Ding in der Hand spürt, fühlt er ein Würgen in der Kehle: zum ersten Mal in all den Jahren ist er nicht mehr wehrlos den Faschisten gegenüber, kann er zurückschießen. Und er ist nicht mehr allein, da sind all die anderen an seiner Seite. Dies ist das Schlüsselerlebnis, das er nie vergessen wird, und das sein Verhältnis nicht nur zu der Armee, in deren Reihen er jetzt steht, sondern zum Militär überhaupt bestimmt; in diesem Moment wird ihm deutlich: es kommt immer darauf an, wofür geschossen wird und wann und gegen wen ...“

Stefan Heym in: „Nachruf“ über seine Ausbildung in Camp Ritchie

Die jüdische Bevölkerung Sachsens

Ausweislich der im Juni 1933 vorgenommenen reichsweiten Volkszählung bekannten sich damals in ganz Deutschland 499.682 Menschen zum mosaischen Glauben, was einen Reichsdurchschnitt von 0,77% der Bevölkerung ausmachte. Mehr als zwei Drittel dieser als „Glaubensjuden“ bezeichneten Menschen lebten in Städten. Die Tatsache, dass für **Sachsen** nur 20.584 „Glaubensjuden“ gezählt wurden, bedeutete, dass deren Bevölkerungsanteil bei lediglich 0,40% lag, wobei mehr als die Hälfte von ihnen (etwa 11.500) in Leipzig – der damals immerhin sechstgrößten jüdischen Gemeinde im Reich – beheimatet war. Es folgten von der Größenordnung her die Gemeinden in Dresden mit damals rund 5.000 und Chemnitz mit ca. 3.000 eingeschriebenen Mitgliedern. Die restlichen gläubigen Juden verteilten sich auf die fünf kleineren israelitischen Religionsgemeinden Sachsens wie Zwickau, Annaberg, Bautzen usw..

Für diejenigen Menschen, die sich bis zum Machtantritt der Nationalsozialisten vom

mosaischen (jüdischen) Glauben losgesagt hatten, um entweder als Atheisten (sprich: Glaubenslose) zu leben oder Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften zu werden, liegen für 1933 keine Zahlen vor, ebenso für die jüdischen „Mischlinge“. Nach den NS-Rassegesetzen wurden anders- und nichtgläubige „Volljuden“ jedoch in gleicher Weise verfolgt wie die „Glaubensjuden“, und ihr Anteil war – zumindest in den großen Städten – keinesfalls unerheblich. Beispielsweise wird ihre Zahl allein für Leipzig auf circa 10.000 geschätzt. Dass sie die Abkehr vom mosaischen Glauben oft schon vor langer Zeit vollzogen hatten, spielte im rassenpolitischen Kalkül der Nationalsozialisten nicht die geringste Rolle, weil dieses, wie bereits dargelegt, allein von der irrationalen Theorie des „schädlichen jüdischen Blutes“ ausging.

Zweifellos erwies sich gerade bei denjenigen zahlreichen Menschen jüdischer „Herkunft“, die zu einer der beiden großen christlichen Glaubensgemeinschaften konvertiert waren, für relativ lange Zeit die Illusion, durch das aktuelle Glaubensbekenntnis vor rassenpolitischen Maßnahmen des NS-Staates geschützt zu sein, bezüglich eines Verweigerungs- bzw. Widerstandsantriebes als hemmend.

Ausgrenzung – Terror - Mord

Der staatliche Terror begann mit der unter großem Propagandaaufwand vorbereiteten Boykottaktion Anfang April 1933 gegen jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Arztpraxen und Anwaltskanzleien. Dabei entlud sich der insbesondere von der NSDAP seit Jahren geschürte Hass auf die Juden, und es wurde überdeutlich, dass die jüdische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit nicht (mehr) als Teil des deutschen Volkes betrachtet wurde. Trotzdem war der Großteil der ca. 525.000 damals in Deutschland lebenden Juden zu diesem Zeitpunkt noch der Auffassung, die antisemitischen Ausschreitungen und Übergriffe wären Auswirkungen der über Jahrhunderte andauernden Verfolgung und würden sich nach der Sieges euphorie der Nationalsozialisten wieder legen. Wie sich jedoch bald zeigen sollte, geriet diese Position mit jeder Woche, jedem Monat und jedem folgenden Jahr stärker ins Wanken. Dafür sorgten neben den rund 2.000 (!) antijüdischen Gesetzen und Ergänzungsverordnungen, die das NS-Regime bis 1945 auf allen staatlichen Ebenen erließ, Terroraktionen sowie propagandistisches Dauerfeuer gegen die jüdische Bevölkerung.

Auswirkungen dieser Entwicklung waren in Chemnitz:

- die Verhaftung von über 300 in der Stadt lebender Juden polnischer Staatsangehörigkeit am 28. Oktober 1938 und deren Abschiebung nach Polen,
- das reichsweite Pogrom in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 mit der Inbrandsetzung und Zerstörung der Synagoge am Stephansplatz, der Ermordung von Hermann Fürstenheim (langjähriger Direktor des Chemnitzer Warenhauses H. & C. Tietz) sowie der „Inschutzhaftnahme“ von über 100 jüdischen Männern, die größtenteils in das Konzentrationslager Buchenwald verfrachtet wurden,

- die „Arisierung“ sämtlicher jüdischer Gewerbebetriebe, die den restlosen Ausschluss der Juden aus der Chemnitzer Wirtschaft besiegelte und viele jüdische Familien ihrer Existenzgrundlage beraubte,
- die massenhafte Ausreise bzw. Flucht Hunderter jüdischer Bürger der Stadt mit Hauptziel Großbritannien, USA, Südamerika, Palästina,
- die nach der berüchtigten „Wannseekonferenz“ vom 20. Januar 1942 im Chemnitzer Gemeindebezirk einsetzenden Deportationen, die bis Februar 1945 fast alle noch in der Stadt verbliebenen Juden den „Weg ins Ungewisse“ antreten ließen.

Wie reagierte nun die jüdische Bevölkerung auf diese totale Unterdrückung?

Hielt sie immer nur still oder gab es in all diesen schlimmen Jahren auch Protest, öffentliches Aufbegehren oder gar Widerstand gegen die allgegenwärtige Willkür der Herrschenden?

Um es vorwegzunehmen: Ja, auch in Deutschland selbst gab es seitens jüdischer Bürger die gesamte Bandbreite resistenten Verhaltens; signifikant ist jedoch, **dass dabei nicht von „jüdischem Protest“ oder „jüdischem Widerstand“ gesprochen werden kann, sofern es um entsprechendes Agieren innerhalb Deutschlands geht.** Ganz anders dagegen verhielt es sich überall dort, wo Juden – wie etwa in bestimmten Gebieten Polens, der Ukraine oder Belorusslands – immer schon einen hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachten, wo sie in Ghettos oder Konzentrationslagern zu Zehntausenden zusammengedrängt leben mussten, wo sie in bevorzugten Emigrationsländern (Frankreich!) erhebliche Menschenkonzentrationen bildeten oder bei politischen Ereignissen (Spanienkrieg) wegen übereinstimmender Interessen massenhaft aufeinander trafen. So gab es ungezählte todesmutige Protest- und Widerstandsaktionen, für die der bewaffnete Aufstand im Warschauer Ghetto nur ein repräsentatives, symbolhaftes Beispiel darstellt.

In Deutschland dagegen vollzogen sich Protest, Aufbegehren und Widerstand aus der jüdischen Bevölkerung in anderen Formen und Dimensionen, und dafür gab es handfeste Gründe:

Erstens bildeten die Juden (nach den von den NS-Behörden zugrunde gelegten Kriterien) bei Machtantritt der Nationalsozialisten eine verschwindend geringe Minderheit; in Chemnitz (als einer mit immerhin rund 335.000 Einwohnern recht großen Stadt) belief sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zu diesem Zeitpunkt auf gerade einmal 0,68%. In Folge der permanenten Druckausübung, mit der möglichst viele Juden zum baldigen Verlassen des Reiches gedrängt werden sollten, verringerte sich deren Anzahl stetig, in Chemnitz allein zwischen 1933 und 1935 um ca. 400 Menschen auf noch knapp 2.400. Mit der bereits erwähnten „Polenaktion“ ging Chemnitz weiterer 318 jüdischer Bürger

verlustig. (Diese ursprünglich aus Galizien und Kongresspolen – ehemals Bestandteile der Habsburgermonarchie – eingewanderten Juden hatten nach Wiedergründung Polens im Gefolge des 1. Weltkrieges die polnische Staatsbürgerschaft erhalten und waren dadurch der Willkür der NS-Führung weniger ausgesetzt, weil die polnische Regierung, wenn auch nicht besonders judenfreundlich, eine Schutzmacht für ihre Staatsbürger darstellte. Da dieser Umstand den Bestrebungen der NS-Rassenpolitik, möglichst viele Juden aus dem Deutschen Reich zu entfernen, entgegenwirkte, nutzten die nationalsozialistischen Machthaber im Oktober 1938 einen Erlass der polnischen Regierung aus, wonach im Ausland ausgestellte Pässe ab dem 30. Oktober 1938 nur mit einem Prüfvermerk des polnischen Konsulates zur Einreise nach Polen berechtigten. Dieser Erlass schloss die Möglichkeit ein, den im Ausland lebenden polnischen Staatsbürgern die Wiedereinreise zu verweigern. Der daraus resultierenden Gefahr, Tausende polnische Juden in Deutschland dulden zu müssen, wollte die nationalsozialistische Regierung zuvorkommen. In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 1938 wurden aus ganz Deutschland etwa 18.000 Juden, darunter auch die in Chemnitz verhafteten, an die polnische Grenze transportiert. Zwar verweigerte die polnische Seite zunächst die Aufnahme, aber mit Hilfe dort agierender Hilfsorganisationen konnten Ausgewiesenen binnen einiger Tage in einem Auffanglager oder bei polnisch-jüdischen Gemeinden untergebracht werden.) Mit der Fluchtbewegung, die sich nach den Ausschreitungen in der „Kristallnacht“ vom 9. zum 10. November 1938 entwickelte, erlebte die jüdische Bevölkerung der Stadt einen weiteren großen Aderlass. So emigrierten bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges (September 1939) nochmals mehrere Hundert Juden aus Chemnitz, allein 72 im Monat April.

Eine zusätzliche Dezimierung erfuhr die jüdische Stadtbevölkerung in den folgenden Jahren noch dadurch, dass nicht wenige Juden ihren Wohnsitz innerhalb Deutschlands verlegten, um den ständigen Schikanen der Chemnitzer Gestapo zu entgehen, was die meisten von ihnen allerdings nicht vor der späteren Deportation in eines der Vernichtungslager bewahren konnte. Außerdem trieben zunehmende Hoffnungslosigkeit und die vor allem durch das Zusammenpferchen in sogenannten „Judenhäusern“ weiter gesteigerte soziale Isolation immer mehr jüdische Menschen in den Selbstmord.

Mit den zwischen Januar 1942 und Februar 1945 aus dem Gemeindebezirk durchgeführten acht Deportationen in verschiedene Vernichtungslager Osteuropas, von denen mehrheitlich Juden aus Chemnitz betroffen waren, wurde das Schicksal der jüdischen Stadtbevölkerung schließlich besiegelt. Nach dem Krieg lebten nur noch 53 Juden in Chemnitz (mitgezählt die wenigen, die aus Konzentrationslagern zurückgekehrt waren oder im Untergrund überlebt hatten).

Zweitens stellten die Chemnitzer Juden – abgesehen von ihrem marginalen Bevölkerungsanteil – keineswegs eine homogene Menschengruppe in Bezug auf sozialen Stand, Beruf, Bildung, politische und weltanschauliche Positionen, Willensstärke sowie Standhaftigkeit dar. Viele von ihnen waren im generationsübergreifenden Lebensprozess Atheisten geworden oder (meist durch Eheschließung mit einem „arischen“ Partner) zum christlichen Glauben konvertiert. Gerade in der Glaubensfrage und damit einhergehend in

kultureller Hinsicht waren zudem große Unterschiede zwischen denjenigen Juden, die schon lange in Deutschland lebten, und den sogenannten „Ostjuden“, deren Einwanderung nach Sachsen sich in mehreren Wellen bis zum 1. Weltkrieg vollzogen hatte, entstanden. Einer Aufstellung des städtischen Polizeiamtes zufolge befanden sich unter 1.585 ausländischen Juden, die zwischen 1904 und 1913 nach Chemnitz einwanderten, neben 375 Russen und 91 Rumänen 996 Österreicher, von denen die meisten aus Galizien oder Kongresspolen stammten und – wie bereits dargestellt – nach dem Krieg mehrheitlich die polnische Staatsbürgerschaft erhalten hatten.

Die so zustande gekommene Gemeinschaft aus „assimilierten“ und „Ostjuden“ war jedoch nicht sehr intensiv, da die Zuwanderer aus Osteuropa von den ansässigen „deutschen“ Juden nicht nur religiös und kulturell, sondern auch räumlich abge sondert lebten.

Einen weiteren Spaltplatz brachten, ebenso wie im übrigen Reich, auch in Chemnitz die Zionisten in die jüdische Stadtgesellschaft ein. Deren auf die Gründung eines jüdischen Nationalstaates zielende Ideologie mit ihren verschiedenen Spielarten erfuhr trotz der ausgeprägten Vaterlandsliebe vieler seit langem in Deutschland ansässiger Juden durch den sich ständig verschärfenden rassenpolitischen NS-Terror wachsende Zustimmung.

Große Unterschiede wiesen darüber hinaus die politischen Positionen der in Chemnitz lebenden Juden auf, insbesondere in Bezug auf die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Lediglich die nicht sehr zahlreichen jüdischen Mitglieder der Kommunistischen Partei sowie der Sozialistischen Arbeiterpartei, die sich 1931 von der Sozialdemokratie abgespalten hatte, verfolgten weiter konsequent als programmatisches Ziel die Beseitigung der bestehenden privatkapitalistischen Ordnung und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, während die meisten sozialdemokratisch organisierten Juden am reformistischen Strategie-Kurs ihrer Führung festhielten.

In Bezug auf die Einstellung zur nationalsozialistischen Bewegung schwenkten die wenigen Juden, die anfangs eine gewisse Sympathie für bestimmte politische Projekte dieser Partei (Annullierung des Versailler Vertrages, Vollbeschäftigung als Staatsziel, ordnungspolitische Entschlossenheit) gehegt hatten, infolge der alltäglichen antijüdischen Hetze in ihrer Meinung bald um. Insbesondere die vielen national gesinnten jüdischen Bürger, die seit Generationen ein tiefes Gefühl für das Land, in dem sie trotz verbaler antisemitischer Angriffe bis 1933 weitestgehend unbehelligt leben konnten, entwickelt hatten, taten sich zumindest in der ersten Zeit nach der „Machtergreifung“ der Hitlerpartei mit der Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie teilweise noch schwer. Gerade für diejenigen jüdischen Chemnitzer, die mit hoher Kampfmoral und Opferbereitschaft im 1. Weltkrieg für Kaiser und Vaterland ins Gefecht gezogen waren und den Stolz darauf in der Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und des Reichsverbandes Deutscher Offiziere pflegten und bewahrten, war die schrittweise Entwertung ihrer militärischen Leistungen und Opfer eine sehr schmerzliche Erfahrung. Daran konnte auch das sogenannte „Frontkämpferprivileg“, welches – im April 1933 durch den Reichspräsidenten Hindenburg gegenüber Hitler eingefordert – einem begrenzten Kreis von Kriegsteilnehmern eine zeitweilige Weiterbeschäftigung

ermöglichte, jedoch vielfach unterlaufen und durch das „Reichsbürgergesetz“ von 1935 endgültig ausgehebelt wurde, nicht viel ändern.

Eine zahlenmäßig starke politische Fraktion innerhalb der jüdischen Bevölkerungsgruppe wurde reichsweit und auch in Chemnitz durch bürgerlich-liberal orientierte Parteien, Verbände und Vereine repräsentiert – allen voran die Deutsche Demokratische Partei (ab 1930 in Deutsche Staatspartei umbenannt) und der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Darüber hinaus konnten auch mehrere politisch orientierte Berufsverbände wie beispielsweise der Verein sozialistischer Ärzte, der aus dem Sozialdemokratischen Ärzteverein hervorgegangen war, eine starke jüdische Mitgliedschaft aufweisen. Auf die umfangreiche jüdische Vereinslandschaft in der Stadt, die mit bestimmten Einschränkungen noch bis 1939 geduldet wurde, soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

Ergo: Die politischen Ansichten und Überzeugungen der Chemnitzer Juden waren – auch bezogen auf die NS-Herrschaft – anfangs ebenso unterschiedlich wie innerhalb der „arischen“ Stadtbevölkerung. Ausgehend von den historischen Erfahrungen aus jahrhundertelanger Verfolgung glaubten viele von ihnen, die Hitlerherrschaft sei ein vorübergehender Spuk und ihr Bekenntnis zum Deutschtum würde sie vor dem Schlimmsten schützen. Erst mit den Nürnberger Gesetzen von 1935, die sie zu Bürgern 2. Klasse machte, begann vielen klar zu werden, was ihnen tatsächlich drohte.

Drittens übten, wie bereits an anderer Stelle angesprochen, die nationalsozialistischen Partei- und Staatsorgane, allen voran die Gestapo sowie die Funktionsträger der NSDAP und deren zahlreicher Gliederungen, eine permanente Kontrolle über die jüdische Bevölkerung der Stadt aus, welche neben der Überwachung des politischen Verhaltens auch darauf ausgerichtet war, Ansatzpunkte für eine Druckausübung zu gewinnen, mit der sich das von Anfang an zielgerichtet betriebene Entfernen möglichst vieler Juden aus dem Deutschen Reich beschleunigen lassen könnte.

Mit Verordnung vom 8. März 1934 der „Preußischen Gesetzessammlung“ waren die örtlichen Staatspolizeistellen aus dem bis dahin bestehenden Unterstellungsverhältnis zu den regionalen Regierungsstellen herausgelöst und als unabhängige Gestapobehörden eingerichtet worden. Die nunmehr dem Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) Berlin direkt unterstehenden örtlichen Dienststellen waren vom inneren Aufbau her ähnlich gegliedert wie die Zentralbehörde.

Die Gestapostelle Chemnitz, die einige Jahre später der sogenannten Gestapoleitstelle Dresden unterstellt wurde und ihrerseits Außenstellen in Zwickau, Plauen/V., Annaberg und Bad Elster unterhielt, hatte ihre Diensträume zunächst im Gebäude des Chemnitzer Polizeipräsidiums (Hartmannstraße 24), bevor sie Ende 1938 die Villa der einstigen Kaffeerösterei Arnold auf der Kaßbergstraße 22a bezog. Als dieses Gebäude beim Luftangriff am 5. März 1945 durch Fliegerbomben zerstört wurde, verlegte die Gestapo ihre Dienststelle in die auf der damaligen Admiral-Scheer-Straße befindliche Handwerkerschule; außerdem wurde eine Zweigstelle in Neukirchen/E. eingerichtet.

Die „Bearbeitung“ (sprich: Überwachung und Disziplinierung) der jüdischen Bevölkerung erfolgte durch die Abteilung II der Behörde, deren offizielle Ausweisung wie folgt lautete: „Exekutive – Marxismus, Kommunismus, Sabotage, Ausbürgerung, Kirchen, **Juden**, Vereine, Sekten“. Langjähriger Leiter dieser im Volksmund als „Judenreferat“ bezeichneten Abteilung war Richard Ahnert, der sich, wie Schilderungen ehemaliger jüdischer Bürger belegen, während seiner gesamten Dienstzeit als ein besonders brutaler und niederträchtiger Gestapobeamter erwies und vorgeladene Juden oft auf das Übelste beschimpfte oder sogar physisch misshandelte. Er beteiligte sich an Wohnungsdurchsuchungen und Verhaftungen und ließ Juden in Konzentrationslager einweisen.

Nochmals verschärft wurde die Überwachung seitens der Gestapo durch eine Anordnung des Chefs des Sicherheitsdienstes (SD) und der Sicherheitspolizei, Heydrich, vom 1. Juli 1937, welche die Gestapo zum arbeitsteiligen Zusammenwirken mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS bei der Bearbeitung verschiedener Sachgebiete, darunter des „**Judentums**“, verpflichtete. (Die Chemnitzer Dienststelle des SD befand sich auf der Oststraße 65.)

Aber nicht nur die beiden vorgenannten Behörden übten durch ihre Kontroll- und Schikanierungsmaßnahmen permanent Druck auf die deutsche jüdische Bevölkerung aus, sondern auch die verschiedensten Funktionsträger der NSDAP wie z. B. die ca. 200.000 Blockleiter (im Volksmund als „Treppenterrier“ bezeichnet), die wiederum auf verschiedene Helfer („Blockwalter“, „Hauswarte“ usw.) zurück greifen konnten, welche oft ehrenamtlich nationalsozialistische Nebenorganisationen wie „Deutsche Arbeitsfront“, „NS-Frauenschaft“ oder „NS-Volkswohlfahrt“ vertraten. In Bezug auf die Überwachung der Juden hatte der Blockleiter, wie vom Hauptschulungsamt der NSDAP vorgegeben, „Judenfreunde“ zu melden, auf die genaue Befolgung der erlassenen judenfeindlichen Vorschriften im Wohnbereich (z. B. Verbot des Haltens von Haustieren) zu achten und jüdischen Besitz sowie jüdische Wohnungen aufzulisten.

Wenn auch den genannten nationalsozialistischen Behörden und Funktionsträgern „auftragsgemäß“ die entscheidende Rolle bei der Überwachung und Disziplinierung der in ihrem Verantwortungsbereich lebenden bzw. arbeitenden Juden zukam, darf keineswegs in Vergessenheit geraten, dass es Hunderttausende „einfache“ NSDAP-Mitglieder, aber auch politisch nicht organisierte „Arier“ gab, welche – durch jahrzehntelange antisemitische Hetze beeinflusst oder einfach aus niederen Beweggründen wie Besitzsucht, Neid oder Sadismus – nur allzu gern bereit waren, jüdische Bürger schon wegen kleinster Verstöße gegen Vorschriften oder auferlegte Verbote zu denunzieren. Nicht selten stand dahinter die Absicht, sich irgendwelche materielle Vorteile zu verschaffen oder eigenes Missverhalten (z. B. kriminelle Aktivitäten) gegenüber den NS-Behörden damit zu kompensieren. Aber ob nun aus politischer Überzeugung oder aus Vorteilsdenken begangen – das Denunziantentum erfuhr im Hitler-Staat ein zuvor nie gekanntes Ausmaß und war für die Betroffenen immer mit irgendwelchen Nachteilen verbunden, im äußersten Fall mit einer Haftstrafe bzw.

Einweisung in ein Konzentrationslager. In zahlreichen erhalten gebliebenen NS-Ermittlungsakten sowie in Berichten Überlebender ist dokumentiert, dass deren Verurteilung / Bestrafung auf der „Anzeige“ eines „deutschen Volksgenossen“ basierte.

Fazit: Die Überwachung der jüdischen Bevölkerung war, auf das Reichsgebiet bezogen, nationalsozialistischer Staatsauftrag und für die damit nominell beauftragten Behörden (Gestapo, Sicherheitsdienst SS) gesetzlich festgeschrieben. Ihre Ergänzung fand sie in der Kontrolltätigkeit bestimmter, mit einschlägigen Zuständigkeiten versehener Funktionsträger der Nazi-Partei und deren Helfern, aber auch im freiwilligen Wirken zahlreicher „wachsamer“ Hausbewohner, Nachbarn und Arbeitskollegen. Diese sich während der NS-Herrschaft ständig verschärfende Praxis sorgte dafür, dass – wie im gesamten Reich – auch in Chemnitz die jüdische Bevölkerung nicht als eigenständige Kraft öffentlichkeitswirksam aufbegehrt. Hinzu kam bei vielen jüdischen Menschen die Überzeugung, dass der Terror des Regimes, sollte sich dieses ernsthaft bedroht fühlen, auch ihnen gegenüber bis zum Äußersten gehen würde, wofür die Morde am stadtbekanntem Rechtsanwalt Arthur Weiner (1933) und an Hermann Fürstenheim ebenso sprachen wie die ertragenen Qualen der während des Novemberpogroms 1938 von Chemnitz aus nach Buchenwald verbrachten 172 Männer, von denen vier schon nach einigen Tagen im KZ verstorben waren.

Viertens: Je mehr jüdische Bürger (unter ihnen oft auch Verwandte oder liebe Freunde) infolge der aufgezeigten Lebensumstände ihrer Heimatstadt Chemnitz den Rücken kehrten oder den Freitod wählten und je umfassender die von den NS-Behörden verschiedener staatlicher Ebenen erlassenen Gesetze und Verordnungen die Lebensqualität der jüdischen Bevölkerung sowohl in materieller als auch geistig-kultureller Hinsicht drastisch einschränkten, desto stärker wuchsen soziale Isolation und Hoffnungslosigkeit, und in deren Folge stellte sich bei vielen der noch in der Stadt verbliebenen Juden Lethargie ein. Die zum Weiterleben allernotwendigsten Verrichtungen wie die Beschaffung von Lebensmitteln, die Pflege kranker Angehöriger und die eigene physische Gesunderhaltung forderten oft ihre letzten Kräfte. Für Beschäftigung mit Politik – in welcher Form auch immer – blieb unter diesen Umständen kaum noch Platz. Ab 1944 lebten neben einigen „Mischlingen“ und jüdischen Partnern aus „Mischehen“ ohnehin nur noch alte und / oder gebrechliche Juden in der Stadt.

Am 14./15. Februar 1945 ging der letzte Transport, mit dem neben Juden aus Plauen, Zwickau und Annaberg auch solche aus Chemnitz deportiert wurden, nach Theresienstadt.

Es liegt auf der Hand, dass die dargestellten Faktoren – entweder für sich allein genommen oder im Zusammenspiel miteinander – wirkungsvoll ein eigenständiges, das heißt, ein als „jüdisch“ zu bezeichnendes Aufbegehren gegen die nationalsozialistische Ordnung verhinderten. Vor allem weil die deutschen Juden bereits vor 1933 keine homogene Gruppe mit weitgehend übereinstimmenden politischen Zielen und Positionen bildeten, war ein gemeinsames Vorgehen gegen die neuen Machthaber nicht zu erwarten. Zudem hatten die verschiedenen antijüdischen Maßnahmen zur Folge, dass die jüdische Bevölkerung im Reich und damit auch in Chemnitz im Laufe der 1930er Jahre zusehends

überalterte, verarmte und verzweifelte. Somit waren die Voraussetzungen für aktives Widerstehen also immer weniger gegeben.

Dies bedeutet aber nicht, dass die in Deutschland lebenden Juden sämtliche gegen sie gerichteten „Rechtsakte“ und Maßnahmen widerspruchslos hinnahmen. Immer wieder kam es, wie nachfolgend in komprimierter Form und auf Chemnitz bezogen dargestellt werden soll, zu mutigen Einzelhandlungen. Dabei ist signifikant, dass die Juden, sofern es um unmittelbar nur sie betreffende (sprich: rassenpolitisch determinierte) Belange ging, fast immer unter sich blieben bzw. als Individuen handelten, während sie bei Beteiligung an handfesten Widerstandsaktivitäten gegen das Regime mit nichtjüdischen Nazigeegnern wie Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam handelten, was in erster Linie aus ihrer Zugehörigkeit (meist schon vor 1933) zu antinazistischen Parteien, Organisationen oder Vereinen resultierte.

Welche Antworten fanden im Reich lebende Juden also auf die ständig zunehmende Entrechtung und Schikanierung seitens der NS-Behörden?

Zunächst lässt sich anhand vieler Zeugnisse, vor allem in Gestalt von Ermittlungs- und Untersuchungsakten der Polizei und Gestapo sowie gerichtlicher Strafakten, aber auch an Zeitzeugenberichten nachweisen, dass – insbesondere in den ersten Jahren der Hitlerdiktatur – jüdische Bürger ebenso wie andere Regimegegner aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem NS-System verbal keinen Hehl machten. Im Ergebnis dessen vielfach denunziert, landete ihr „Fall“ oft bei der Justiz und wurde dann meist von den sogenannten Sondergerichten verhandelt. Diese bereits vor 1933 existenten Gerichte, eigentlich gedacht für die Rechtsprechung in speziellen Sachfragen, wurden auf Grundlage einer Verordnung der Reichsregierung vom 21. März 1933 territorial neu strukturiert, indem jeder Oberlandesgerichtsbezirk ein solches Sondergericht erhielt. Für Chemnitz (wie für ganz Sachsen) war bis 1940 das Sondergericht Freiberg zuständig und danach das Sondergericht Dresden II, bis mit der Ausgliederung des Chemnitzer Landgerichtsbezirkes aus dieser Zuständigkeit und seiner Verselbständigung Chemnitz mit Wirkung vom 1. Oktober 1942 ein eigenes Sondergericht zugesprochen bekam. Sachlich zuständig waren diese Gerichte in der NS-Zeit unter anderem für Straftaten nach der „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933 sowie nach der „Heimtückeverordnung“ vom 21. März 1933. Gerade Verstöße gegen die letztgenannte Rechtsvorschrift, die in den allermeisten Fällen verbale Angriffe auf „das Wohl des Reiches ... oder das Ansehen der Reichsregierung ... oder Parteien“ betraf, wurden nicht selten von Juden begangen. Das traf auch nach Umformung der Verordnung zum „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen“ im Dezember 1934 zu.

Leider sind infolge Kriegseinwirkung nur noch größere Altenbestände des Sondergerichtes Freiberg erhalten geblieben, die im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden verwahrt werden. In den Straf- und Untersuchungsakten für den entsprechenden Zeitabschnitt 1933 bis 1940 finden sich etliche Belege für von sächsischen Juden getätigte

„herabwürdigende“ oder „staatsfeindliche“ Äußerungen.

Beispielhaft für diese Form der Resistenz sei das Auftreten des *Dr. Otto Goldhardt* angeführt, der seit 1911 als Lehrer für Deutsch und Geschichte sowie als Rektor an verschiedenen Chemnitzer Schulen beschäftigt war und trotz seines längst vollzogenen Übertritts zum christlichen Glauben 1933 als „Rassejude“ aus dem Schuldienst entlassen wurde. In einer vom 21. März 1949 datierten Auskunft des Professors Schellenberger von der damaligen Staatlichen Rheumaforschungsstelle Bad Elster an die Witwe des G. heißt es: „...Goldhardt war in den Jahren vor 33 Lehrer an der von mir geleiteten Aufbauschule. Ich habe ihn aber schon Jahre vorher gekannt... G. war ein wütender und steter Feind der Nazis. Er hat sie als aufrechter Demokrat wie eine Pest gehaßt. Als wir, mehrere Lehrer und ich, im März 1933 verhaftet wurden, war er empört, daß er nicht mit dabei war. Er hat seinen Unterricht anschließend in so provozierender Form erteilt, daß er sein Ziel, die Entlassung, erreichte ... Er hat auch nach seiner Entlassung überall wütend gegen die Nazis gekämpft und ist deshalb einmal mehrere Wochen lang verhaftet gewesen...“¹ Goldhardt starb im Juli 1942 als 56jähriger im Konzentrationslager Auschwitz – nach Angaben des Lagerarztes an einer Herzmuskeldegeneration.

1 SächsStA-C, 30413 Bezirkstag / Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Nr. 58790 (Goldhardt, Katherine): Auszug aus einer Auskunft des Prof. M. Schellenberger (damals Staatliche Rheumaforschungsanstalt Bad Elster vom 21.3.1949)

Neben diesen häufig bei der Justiz landenden Verbalangriffen gab es auch Abwehrverhalten jüdischer Bürger in Gestalt offizieller Eingaben, Widersprüche oder Protestbekundungen gegenüber Entscheidungen staatlicher Instanzen. Als ein besonders markantes Beispiel hierfür kann das Schreiben gelten, das der Chemnitzer *Dr. Helmut Klemperer* in Reaktion auf die Ankündigung der Rücknahme seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft im Mai 1933 an das Sächsische Ministerium der Justiz verfasste. Es enthält nicht nur das stolze Bekenntnis zu seiner jüdischen Abstammung und die ungeschminkte Verurteilung der gegen ihn angekündigten Sanktion, sondern vor allem auch eine ebenso scharfe wie fundamentale Anklage der NS-Terrorpolitik gegen Andersdenkende. Dass dieses Schriftstück kein Strafverfahren gegen K. auslöste, ist wahrscheinlich zum einen auf den frühen Zeitpunkt dieser mehr als deutlichen politischen Meinungsäußerung und zum anderen auf die Befürchtung zurückzuführen, dass K. als ausgewiesener Jurist der Nazi-Justiz in einem solchen Verfahren möglicherweise eine schwere öffentlichkeitswirksame Schlappe hätte beibringen können.

Als die wichtigste Strategie im Sinne ihrer Selbstbestimmung erwies sich für die in Deutschland lebenden Juden jedoch über fast die gesamte Zeit der NS-Herrschaft hinweg das massenhafte Umgehen und Unterlaufen der zum Zweck ihrer Vertreibung, Ausplünderung und Vernichtung erlassenen „Rechtsakte“. Das dokumentieren, auf das Gesamtterritorium des Reiches bezogen, Tausende Zeugnisse – meist in Gestalt von Ermittlungs- und Strafakten der Gestapo, Polizei und Justiz, teils aber auch als Bestandteil von Zeitzeugenberichten. Massenhaft eingeleitete Ermittlungsverfahren und Untersuchungsvorgänge wegen „Verstoßes gegen das Pass- und Devisengesetz“, „Urkundenfälschung“, „Führen eines falschen Namens“, „unerlaubter Grenzüberschreitung“, „Handelns ohne Gewerbeschein“, „Rassenschande“, „Passvergehens“, „Überschreitung der Polizeistunde“, „unzulässiger Namensänderung“, „Vergehens gegen die Reichsfluchtsteuervorschriften“, „Überbringens von Zahlungsmitteln ins Ausland ohne Genehmigung“, „Übertretung der Meldeordnung“, „unerlaubten Verkehrs mit Devisen“, „Wohnortwechsels ohne Genehmigung“, „Nichtbeantragung einer Kennkarte“, „Verstoßes gegen das Aufenthaltsverbot“, „Nichtführens des Zwangsnamens“ und, und, und ... liefern den deutlichsten Beweis für dieses Handlungskonzept, welches unspektakulär im Stillen und somit meist von einer breiten Öffentlichkeit unbemerkt in die Tat umgesetzt wurde.

Natürlich weist der Umstand, dass es sich bei den gerade aufgezeigten Quellen vorrangig um erhalten gebliebene Unterlagen der NS-Strafverfolgungsbehörden handelt, gleichzeitig darauf hin, dass die beschriebene Selbstbehauptungs-Strategie mit handfesten Gefahren verbunden war. Die Gründe dafür wurden bereits dargelegt: Der allmächtige Überwachungsapparat des NS-Regimes im Zusammenspiel mit einer ausgeprägten Denunziationsbereitschaft vieler deutscher „Arier“ arbeitete effektiv und erkannte nach und nach Schwachstellen sowohl im gesetzgeberischen Bereich als auch im praktischen Vollzug der gegen die Juden gerichteten Kontrollmaßnahmen. Dies wird unter anderem in periodisch zu erstellenden Berichten der örtlichen Gestapo- und SD-Dienststellen an ihre übergeordneten Instanzen thematisiert. Im Ergebnis dieser Feststellungen wurden neue

Bestimmungen und Vorschriften erlassen, um erkannte Lücken zu schließen. Eine für die jüdische Bevölkerung besonders schmerzliche Maßnahme war der Erlass der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941, denn sie steigerte das Risiko, bei unerlaubten Handlungen außerhalb der Wohnung ertappt zu werden, erheblich. Jedes „illegale“ Aufsuchen eines Theaters, Kinos, einer Ausstellung oder des örtlichen Freibades, jedes unerlaubte Benutzen eines privaten Kraftfahrzeuges, jeder Einkauf auf einem Wochenmarkt, jeder Besuch eines Cafés oder naher Verwandter in einem anderen Ort, jedes Ausruhen auf einer Bank im Stadtpark – all dies war nun nicht mehr möglich, ohne das zuvor schon hohe Risiko durch das Verdecken oder Abnehmen des Judensterns noch ganz erheblich zu steigern, denn laut Durchführungsrichtlinie des Reichsministers des Innern vom 15. September 1941 wurde für solches vorsätzliches Handeln grundsätzlich „Schutzhaft“ angedroht.

Trotzdem gingen Juden dieses Risiko bei entsprechenden Notwendigkeiten oder wenn zum Beispiel das Bedürfnis übermächtig wurde, wieder einmal durch einen öffentlichen Park zu spazieren oder die in einer anderen Stadt lebenden Eltern ohne die dafür erforderliche polizeiliche Erlaubnis zu besuchen, vielfach und entschlossen ein. Und sie trugen, wenn unvermeidbar, auch die entsprechenden Konsequenzen.

Erst nachdem ihre Bewegungsfreiheit – in besonderem Maße während der letzten drei Jahre der Naziherrschaft – auf das Äußerste eingeschränkt worden war, und es nur noch um das mit minimaler Hoffnungserwartung versehene Überleben ging, nahmen die geschilderten resistenten Verhaltensformen deutlich ab. Hinzu kam, dass inzwischen Alte, Gebrechliche und sozial Isolierte den überwiegenden Teil der noch in der Stadt lebenden jüdischen Menschen ausmachten.

Auf eine weitere, allerdings durch Chemnitzer Juden nicht in großem Umfang praktizierte Methode, den Nachstellungen und Schikanen des NS-Überwachungsapparates zumindest zeitweilig zu entgehen oder nach Entlassung aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis wieder Arbeit zu finden, wurde schon an anderer Stelle kurz hingewiesen: Sie betrifft den Wohnortwechsel innerhalb Deutschlands – sei es als Familie, durch ein einzelnes Familienmitglied oder als Single. Abgesehen davon, dass ein solches Verlassen des Wohnortes für „Volljuden“ ab September 1941 nur noch mit einer schriftlichen polizeilichen Genehmigung möglich war, schützte es letzten Endes meist nicht vor der späteren Deportation in ein Vernichtungslager, wie beispielsweise die Schicksale von *Hans Erich Steinberg*, *Deborah Silberstein* oder *Hedwig Lachmann* zeigen.²

² Vgl. Jürgen Nitsche: *Judenverfolgung im Nationalsozialismus*, in: *Sachsen, Deutschland und Europa im Zeitalter der Weltkriege*, Berlin 2019, S. 237

An dieser Stelle einige wenige Bemerkungen zum Thema Auswanderung, welches schon im Zusammenhang mit dem massiven Schrumpfen der jüdischen Bevölkerung, insbesondere nach dem Novemberpogrom 1938, berührt wurde: Natürlich ist auch dieses massenhafte Verlassen der eigentlich geliebten Heimat als eine Facette der Selbstbehauptung zu betrachten, denn obwohl die (physische) Vernichtung der europäischen Juden in ihrer Gesamtheit zum damaligen Zeitpunkt noch nicht beschlossen war (– dies erfolgte bekanntlich erst auf der berüchtigten „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942 in Berlin –) und somit noch keine absolute Notwendigkeit zum Verlassen des Landes bestanden hätte, war ein sehr großer Teil derjenigen Juden, die sich sowohl die Auswanderung materiell leisten konnten als auch über die erforderlichen Verwandten oder Freunde in einem der möglichen Exilländer verfügten, einfach nicht mehr bereit, die ständig zunehmenden Drangsalierungen und Erniedrigungen seitens der nationalsozialistischen Staatsmacht und vieler deutscher „Arier“ hinzunehmen. Auch wenn in nicht wenigen Fällen die letzten Ersparnisse für dieses Vorhaben eingesetzt wurden und die Ausreisenden nach Ankunft im Zielland oft völlig neu anfangen mussten, sahen viele Juden keine andere Alternative, ihr Dasein nachhaltig und auf Dauer verbessern zu können. Dass sie mit diesem Schritt aber sogar die Voraussetzung für die Rettung ihres Lebens geschaffen hatten, ahnten zum Zeitpunkt der Ausreise wohl nur wenige von ihnen. Abschließend sei hierzu lediglich noch bemerkt, dass verschiedenartigste Hindernisse, die in den politischen Verhältnissen der Auswanderungsländer verortet waren (z. B. restriktive Quotenregelungen), bei weitem nicht allen Ausreisewilligen den Weg in die Freiheit ermöglichten. Daran änderte auch die auf Initiative des US-Präsidenten Roosevelt zustande gekommene Flüchtlingskonferenz in Évian / Frankreich (6.-15. Juli 1938) kaum etwas.

In die Thematik Außerreise sind darüber hinaus noch zwei Aspekte jüdischer Verweigerung bzw. Selbstbehauptung einzuordnen, deren Bedeutsamkeit sich aus dem Alter des betroffenen Personenkreises ergibt: die Kindertransporte und die Hachschara. Als **Kindertransport** (auch Cefugee Children's Movement) wird international die Ausreise von über 10.000 Kindern, die als jüdisch im Sinne der Nürnberger Gesetze galten, aus Deutschland und aus von diesem bedrohten Ländern (Tschechoslowakei, Österreich, Polen und Freie Stadt Danzig) zwischen Dezember 1938 und August 1939 nach Großbritannien bezeichnet. Die Kinder durften höchstens 17 Jahre alt sein. Diese Entscheidung traf die britische Regierung trotz ihrer bereits erfüllten Einwanderungsquoten unmittelbar nach dem November-Pogrom 1938) auch mit dem Hintergedanken, diese Demonstration guten Willens könne die USA dazu bringen, ihre Einreisebestimmungen ebenfalls zu lockern, was jedoch zunächst nicht geschah. In Zügen und mit Schiffen konnten die Kinder ausreisen, um sie vor der nationalsozialistischen Verfolgung in ihren Heimatländern zu retten. Schon wenige Wochen nach Beginn dieser Rettungsaktion überstieg die Anzahl der ankommenden Flüchtlingskinder die angebotenen Pflegeplätze. Manche von ihnen wurden in der Folge als kostenloses Dienstpersonal ausgenutzt, viele in Flüchtlingslagern interniert. Hinzu kam das Leid der Kinder, die überwiegend die Umstände ihrer Ausreise nicht kannten oder nicht verstanden und oftmals glaubten, ihre

Familie habe sie verstoßen. Die meisten sahen ihre Eltern, denen die gleichzeitige (oder spätere) Ausreise aus verschiedenen Gründen (materielle Not, Quotenregelungen der Exil-Staaten, fehlende Affidavits u. a.) nicht möglich war, nie wieder. Oftmals waren sie die einzigen aus ihren Familien, die den Holocaust überlebten. Aus Chemnitz gelangten auf diese Weise beispielsweise die damals elf-jährige *Sylvia Avramovici* sowie *Egon Berger*, *Feivel Engelberg*, *Horst Hartmann*, *Edith Friede*, *Marion Goldberg*, *Willy Günther Lippmann*, *Klaus Schreiber*, *Peter Schwab* und *Gerhard Sigler* nach England.

Die **Hachschara** (hebräisch: Vorbereitung, Tauglichmachung) war eine beispielgebende Bewegung jüdischer Selbstorganisation und kooperativer Unterstützung von 1917 bis Ende der 1940er Jahre. Inhaltlich bedeutete sie die systematische Vorbereitung von Juden auf die „Alija“ d.h. auf die Besiedlung Palästinas vor allem in den 1920er und 1930er Jahren. Ideologische Grundlage für dieses Programm war der Zionismus, getragen und propagiert wurde die Hachschara von der jüdischen Jugendbewegung und hier vor allem von den beiden Dachverbänden Hechaluz und Bachad. Meist fanden Hachschara-Kurse auf landwirtschaftlichen Gütern statt. Eine Gruppe von Auswanderungswilligen lernte dort gemeinsam, was für den Aufbau eines Gemeinwesens in Palästina notwendig erschien. Die häufig aus bürgerlichen Umgebungen stammenden jungen Menschen erwarben vor allem gärtnerische, land- und hauswirtschaftliche sowie handwerkliche Fertigkeiten und lernten Hebräisch. Eine besondere Rolle spielte die Auslands-Hachschara. Diese gab es in den 1930er Jahren in zehn europäischen Ländern, vorwiegend in der Form der Einzel-ausbildung. Sie bot zusätzlich die Möglichkeit, besonders gefährdete Personen dem Zugriff nationalsozialistischer Behörden zu entziehen oder Jugendliche unterzubringen, für die es noch keine Einreisezertifikate für Palästina gab. Aus Chemnitz gingen beispielsweise *Samuel Federmann*, *Albert Herrscher* (später *Uri Shalit*), *Alexander Muschinsky* sowie *Karl* und *Fritz Sigler* im Zeitraum 1936 bis 1939 auf Hachschara, um nach dieser Ausbildung von Deutschland oder dem Ausland aus nach Palästina zu gelangen. Im späteren Israel setzten sich die Hachschara-Gemeinschaften in den Kibbuzim) fort. Eine im internationalen Maßstab herausragende Rolle bei der Organisation und Förderung des Hachschara-Werkes spielte der Chemnitzer *Fritz Lichtenstein*, von dem noch an anderer Stelle die Rede sein wird.

Es lassen sich – auch für Chemnitz – noch weitere Facetten jüdischen Selbstbestimmungsverhaltens anführen, die hier nur in komprimierter Form dargestellt werden sollen: So waren die Funktionsträger der hiesigen Israelitischen Religionsgemeinde äußerst bestrebt, ungeachtet der Unterschiede im sozialen Stand und den politischen Ansichten ihrer Mitglieder deren Zusammengehörigkeitsgefühl ständig aufrecht zu erhalten und zu stärken. Bis zur gesetzlichen Auflösung der Gemeinde konnte beispielsweise ihre bereits seit 1927 bestehende Wohlfahrtszentrale trotz finanzieller Probleme, welche durch die Emigration vieler begüterter Mitglieder und den schnell voranschreitenden Untergang des jüdischen Mittelstandes eingetreten waren, die zunehmende Not in der Chemnitzer Judenschaft lindern. Konkret geschah dies vor allem in Gestalt von Spenden des jüdischen Winterhilfswerkes oder der Gemeinde für mittellose Juden, einer Kleidersammelstelle, einer Nähstelle des Israelitischen Frauenvereins sowie der Notstandsküche der Saxonia-Loge.

In diesem Zusammenhang muss auch auf das ständige Bemühen zahlreicher Juden verwiesen werden, trotz der allgegenwärtigen Demütigungen in vielfältiger Weise ihre religiöse bzw. ethnische Identität zu bewahren und diese Haltung auch auf ihre jüdischen Mitmenschen, insbesondere die eigenen Kinder, zu übertragen.

Einen weiteren wichtigen Beitrag zu Solidarität, innerer Stärkung und Selbstbehauptung leisteten die zahlreichen jüdischen Vereine im Stadtgebiet mit ihrer immensen inhaltlichen Vielfalt. Besonders in der Anfangsphase des Dritten Reiches erreichten nicht wenige von ihnen einen bemerkenswerten Aufschwung. Das innere Zusammengehörigkeitsgefühl wurde durch den äußeren Druck seitens der NS-Machthaber gestärkt. Jüdische Vereine bildeten bis zum Sommer 1939, als die meisten von ihnen liquidiert wurden, einen sozialen Ort, an dem die zugehörigen Juden zwar unter Aufsicht der nazistischen Behörden standen, sich aber frei von antisemitischer Ausgrenzung bewegen konnten. Mit der Ausweisung der polnischen Juden und der sich an die Pogromnacht vom November 1938 anschließenden großen Auswanderungswelle erstarb jedoch das jüdische Vereinsleben in Chemnitz fast völlig.

Schließlich soll hier noch auf die Problematik „Selbstmord“ eingegangen werden, und zwar schon deshalb, weil Selbsttötungen von Menschen jüdischer Herkunft im **nationalsozialistischen Deutschland** ein Ausmaß annahm, das sie in den Rang eines Massenphänomens erhebt, denn allein in der Deportationsphase nahmen sich reichsweit rund 3.000 von ihnen das Leben.

Es geht hier wohlgerne nicht um die Tatsache, dass der Selbstmord schon innerhalb der jüdischen Glaubenslehre umstritten ist. Zwar wird er weder in der Bibel noch im Talmud explizit verboten, doch sahen jüdische Autoritäten später in ihm ein Verbrechen gegen Gott, was aber wiederum in einem Ausnahmekatalog zur „Halacha“, der Kodifizierung der religionsgesetzlichen Vorschriften, erheblich relativiert wurde. Daher muss es dem Urteil der Rabbiner und Religionswissenschaftler überlassen bleiben, ob und inwieweit der Selbstmord gegen das jüdische Gesetz verstößt.

Hier geht es vielmehr um den Streit zwischen Historikern darüber, inwieweit die Selbsttötung als ein Akt des Widerstandes interpretiert werden kann. Einige sind sogar der Ansicht, die Flucht in den Tod sei ein nonkonformes Verhalten gewesen, das den reibungslosen technisch-bürokratischen Ablauf der NS-Vernichtungsmaschinerie „gestört“ bzw. nicht dem vorgeschriebenen Weg der „Endlösung“ entsprochen habe. Gestützt wird diese These zumindest durch die Tatsache, dass die NS-Behörden – sei es in Wohnungen, Krankenhäusern, Deportationszügen oder in den Konzentrationslagern – nichts unversucht ließen, Selbstmorde zu unterbinden. Dies entsprach ihrem rassenpolitischen Axiom, wonach nur den „arischen Deutschen“ das Recht zu töten zustehe, Juden dagegen nicht einmal das Recht hätten, selbst Hand an sich zu legen. Objektiv mag die These, den Selbstmord somit als eine Form des Widerstandes zu betrachten, logisch erscheinen. Stellte sich jedoch dieser Akt der Selbstvernichtung aus der (subjektiven) Sicht der Opfer ebenso dar oder war er nicht vielmehr der letzte Akt tiefster Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit angesichts eines Daseins, an dem nichts mehr lebenswert war? Und ordnete sich nicht jeder jüdische Freitod, selbst wenn er gegen den

„arischen“ Allein-Anspruch zum Töten verstieß, letzten Endes in die strategische rassenpolitische Zielsetzung des Regimes, Europa judenfrei zu machen, ein?

Widerstand

Will man sich dem Widerstands- und Verweigerungsverhalten jüdischer Menschen unter dem NS-Regime annähern, muss man sich zunächst über den Wesensinhalt und die Abgrenzung der beiden Begrifflichkeiten „Verweigerung“ und „Widerstand“ klar werden. Selbst wenn man dabei zunächst die Spezifik des nationalsozialistischen deutschen Herrschaftssystems und des jüdischen Agierens gegen dasselbe außer Betracht lässt, erweist sich die Beschäftigung mit dieser Materie, wie anhand zahlreicher divergierender Auffassungen von Historikern und Politikwissenschaftlern feststellbar ist, als kompliziert. In der Regel bezeichnet der Begriff „Widerstand“, als gesellschaftliche Kategorie begriffen, eine Reaktion einzelner Menschen oder Gruppen auf Verfassungsbruch, Menschenrechtsverletzungen oder Machtmissbrauch. Daraus abgeleitet kann Widerstand **gegen den Nationalsozialismus** zuerst einmal als Oberbegriff für alle Formen aktiven Handelns gegen die nationalsozialistische Ideologie und Herrschaftspraxis verstanden werden. Beschrieben wird somit ein Verhalten, das über eine bloße kritische Einstellung gegenüber der Diktatur hinausgeht. Dieses Verhalten setzt nicht nur die Bereitschaft zur Aktion voraus, sondern erfordert konkrete Handlungen, die immer mit einem Risiko für die eigene Person oder für nahe Angehörige verbunden waren.

Bei Peukert heißt es dazu: „...Akte bloßer Nonkonformität wurden dann um ein Grad genereller und damit politisch gegen das Regime gerichtet, wenn sie nicht nur gegen irgendwelche Normen des Systems verstießen, sondern sich den Anordnungen etwa von Behörden bewusst widersetzten ... Noch eingehender, weil in der Tendenz noch mehr auf die generelle Ablehnung des Regimes ausgerichtet, ist der Protest. Er konnte sich immer noch auf eine Einzelmaßnahme beziehen, wie etwa in der Kampagne der Kirchen gegen die Euthanasie. Als Widerstand würden wir in dieser langen Skala abweichenden Verhaltens dann jene Verhaltensformen bezeichnen, in denen das NS-Regimes als Ganzes abgelehnt wurde und Maßnahmen zur Vorbereitung des Sturzes des NS-Regimes im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten des jeweils einzelnen Subjektes getroffen wurden...“³

3 Detlev Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 96 ff.

Diese Ausführungen weisen zum einen auf die Abstufung resistenter Verhaltensformen hin, andererseits aber auch darauf, dass sich die Herausbildung einer bewussten Widerstandshaltung nicht in einem Akt vollzieht und an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist.

Aufbauend auf die vorangestellte Begriffsbestimmung wäre nun zu untersuchen, ob es „jüdischen Widerstand“, im wahrsten Sinne des Wortes begriffen, gegen die Hitlerdiktatur tatsächlich gegeben hat und – sofern das zu bejahen wäre – dies auch auf Deutschland zutraf.

Zunächst steht außer Zweifel, dass jüdischer Widerstand im Sinne eigenständigen Handelns, also von Juden geleitet und zumindest mehrheitlich (oder ausschließlich) von ihnen vorgetragen, in einem erstaunlichen Maße stattfand, und zwar dort, wo die konkreten Bedingungen (hoher zahlenmäßiger Anteil bzw. Konzentration/Zusammenballung der jüdischen Bevölkerung an bestimmten Orten, kollektiver Hass und eine übereinstimmende Motivlage, Solidarität seitens der nichtjüdischen Bevölkerung, vorteilhafte topografische Bedingungen für das Verstecken usw.) gegeben waren.

Eine Form des Widerstandes und zugleich die wohl bekannteste war der bewaffnete Kampf. Dabei ist der Mut der Aufständischen im Warschauer Ghetto mittlerweile fast legendär geworden. Jüdische Kommunisten, Bundisten sowie Links- und Rechtszionisten hatten sich dort im Frühjahr 1943 zu einer verschworenen Kampfgemeinschaft in 22 Gruppen organisiert. Von Mitte April leisteten die Kämpfer dem zahlenmäßig erdrückend überlegenen und bis an die Zähne bewaffneten Gegner in Gestalt von SS-Truppen erbitterten Widerstand. Obwohl nach offizieller deutscher Verlautbarung die Kämpfe am 16. Mai 1943 beendet waren, hielten sich in vorbereiteten Bunkern und Verstecken einzelne Kämpfer noch Monate erfolgreich im Ghettogebiet verborgen und griffen gezielt kleine deutsche Patrouillen an.

Aber Warschau war nicht der einzige Ort todesmutigen Aufbäumens gegen die deutsche Vernichtungsmaschine: In fast hundert Ghettos in Polen, Litauen, Weißrussland und der Ukraine kam es zu Aufständen mit unterschiedlicher Dauer und Intensität, wobei nur in sehr seltenen Fällen Schusswaffen zur Verfügung standen und die jüdischen Akteure sich mit Messern, Äxten und Knüppeln, teilweise aber nur mit bloßen Händen zur Wehr setzten. Die Aufstände gegen die SS-Mannschaften in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor und Auschwitz-Birkenau wurden von Überlebenden ausführlich beschrieben und dokumentiert. In Birkenau beispielsweise töteten am 7. Oktober 1944 Mitglieder des jüdischen Sonderkommandos, welches bei den Abläufen der Massenvernichtung im Lager helfen musste, mehrere SS-Angehörige, und schließlich gelang es ihnen, eines der Krematorien zu zerstören. Den Sprengstoff für selbstgebaute Granaten hatten weibliche jüdische Gefangene beschafft, die in einer nahegelegenen Rüstungsfabrik arbeiteten und ihn heimlich ins Lager schmuggelten.

In den Ländern Westeuropas, insbesondere in Frankreich, war der jüdische Widerstand zumeist akzeptierter Teil des allgemeinen Widerstandes. Neben der aktiven Beteiligung an den Kämpfen der gaullistischen und kommunistischen Militärformationen schlossen

sich französische Juden in mehr als zwanzig autonomen Kampfverbänden und Hilfsorganisationen zusammen. Besonders spektakulär war das Auftreten der von Abraham Polonski und Lucien Lublin in Toulouse gegründeten Armee Juivé, die ihre Mitglieder vor der Waffenausbildung auf die Bibel und die blau-weiße zionistische Flagge vereidigte. Darüber hinaus waren führende Persönlichkeiten, deren Namen noch heute in Frankreich in Ehren gehalten werden, Juden – beispielsweise der Militärstrateg „Colonel Gilles“, der eigentlich Joseph Epstein hieß und die Widerstandsgruppen in der Region Paris befehligte, oder Jacques Bingen, der den von der SS zu Tode gefolterten Jean Moulien als Chef der vereinigten Resistance in Frankreich ablöste.

Dass sich auch Chemnitzer Juden in der französischen Widerstandsbewegung engagierten, wird an anderer Stelle belegt und beschrieben.

Legendär ist auch der (eigenständige) jüdische Anteil an der Partisanenbewegung in den von Deutschland besetzten Gebieten Osteuropas, vor allem in Belorussland, der Ukraine und Litauen. Historisch gewachsene antisemitische Vorbehalte – ähnlich stark ausgeprägt wie in Polen – verhinderten hier vielerorts, dass die widerstandsbereiten Juden voll in die großen nationalen Partisanenverbände integriert wurden. Dieses Dilemma hat Edward Zwick 2008 mit seinem Film „Defiance“ ungeschminkt dargestellt und den Bielski-Brüdern, die in den belorussischen Wäldern den Kampf gegen die deutschen Besatzer und deren einheimische Helfer aufgenommen hatten, ein würdiges Denkmal gesetzt.

Selbstverständlich kämpften viele Juden auch in weiteren Ländern Europas gegen die deutschen Okkupanten, dort allerdings wegen anders gearteter Bedingungen meist nicht als eigenständige Gruppen, sondern in nicht jüdisch geführten bzw. dominierten Untergrundorganisationen. Entsprechende Aktivitäten sind, bezogen auf Chemnitzer Juden, bisher für Frankreich, Polen, Griechenland und Italien nachgewiesen.

In selbständigen militärischen Formationen dienten Juden auch in den regulären Streitkräften Großbritanniens, darunter in der in Palästina stationierten 8. Armee: Trotz hartnäckiger, jahrelanger Bemühungen der britischen Mandatsmacht für Palästina, die Teilung des Landes in ein arabisches und ein jüdisches Gebiet sowie die Aufstellung einer unter jüdischer Flagge kämpfenden Streitmacht zu verhindern, konnten – auch bedingt durch die damalige militärische Lage – im September 1940 15 Bataillone aus Juden zusammengestellt werden, die 1941 unter anderem in Griechenland gegen die deutsche Wehrmacht sowie im Nahen Osten gegen die von den Alliierten abgefallene irakische Armee kämpften. Auch zwei junge Chemnitzer Juden, die später noch Erwähnung finden werden, kämpften in dieser Formation.

Im August 1942 kam es dann zur Bildung eines „Palästina-Regimentes“ der 8. Britischen Armee, das aus drei jüdischen und einem arabischen Bataillon von Freiwilligen bestand. Im Juni 1942 verteidigten 400 jüdische Kämpfer dieser nur leicht bewaffneten Einheit zusammen mit einer Brigade der freien französischen Streitkräfte das wichtige Fort Bir Hakeim in der libyschen Wüste und hielten so die unter Rommel Ende Mai gestartete deutsch-italienische Offensive gegen Tobruk in erbitterten Kämpfen 14 Tage lang (!) auf. In Anerkennung dieser Leistung ließ der französische Brigadegeneral Koenig, obgleich seitens der Briten nicht erlaubt, die jüdische Flagge hissen und entbot ihr den militärischen

Gruß. Obwohl Tobruk beim weiteren Vorrücken der deutsch-italienischen Armeen verloren ging, gilt die Schlacht bei Bir Hakeim als ein erfolgreiches Verzögerungsgefecht der Alliierten im Afrikafeldzug.

Im Ergebnis der ungebrochenen und durch die Berichte über die Vernichtungspraxis des deutschen NS-Regimes noch zusätzlich befeuerten Bemühungen der großen zionistischen Weltverbände bewilligte die britische Regierung schließlich am 3. Juli 1944 die Aufstellung einer jüdischen Brigade von 5.000 Freiwilligen aus Palästina im Bestand der 8. Armee, die in drei Infanterieregimenter, ein Kanonier-Regiment, eine Verbindungseinheit und weitere Einheiten aufgeteilt war. Ihr Abzeichen bildete der Davidstern. Unter dem Kommando des Juden Ernest F. Benjamin kämpfte die Brigade von März 1945 bis Kriegsende gegen die deutschen Besatzer in Italien. Danach war sie in Tarvisio an der Grenze zu Jugoslawien und Österreich stationiert, wo sie aktive Fluchthilfe für Juden aus dem kriegszerstörten Europa leistete, die nach Palästina übersiedeln wollten. Auch an der gewaltsamen Übergabe der Kosaken, die auf Seiten Deutschlands gekämpft hatten, an die Rote Armee in der Nähe von Linz waren Einheiten dieses Verbandes beteiligt. Im Juli 1945 wurde die Brigade nach Belgien und die Niederlande verlegt und im Laufe des Sommers dann bis auf ein Bataillon, welches bis Mai 1946 ein interniertes deutscher Fallschirmjägerregiment bewachte, aufgelöst.

Von den insgesamt etwa 30.000 in der britischen Armee dienenden jüdischen Freiwilligen aus Palästina, zu denen nach bisherigem Erkenntnisstand auch vier Chemnitzer Juden zählten, kamen über 700 im Dienst ums Leben.

Was den bewaffneten jüdischen Widerstand anbelangt, sei abschließend auch auf den spanischen Bürgerkrieg verwiesen. Dort kämpften ca. 6.000 bis 7.000 Juden aus aller Welt – fast ausschließlich im Bestand nichtjüdischer militärischer Einheiten – gegen die Truppen des reaktionären Putschisten-Generals Franco. Aber es gab darunter auch eine „rein jüdische“ Einheit: die „Naftali-Botwin“-Kompanie. Am 12. Dezember 1937 wurde der bis dahin namenlosen 2. Kompanie des Palafox-Bataillons der polnischen 13. Dombrowski-Brigade, die wiederum Bestandteil der 150. Division war, dieser Name eines jungen jüdisch-kommunistischen Märtyrers verliehen und die Kompanie offiziell zu einer jüdischen Einheit erklärt. Die Kompanie, der bis zu ihrer Auflösung im September 1938 zwischen 150 und 200 jüdische Freiwillige angehörten, kämpfte verlustreich an vielen Fronten, so in der Extremadura, im Aragon und am Ebro.

Auch zwei Chemnitzer Juden, von denen später ausführlich die Rede sein wird, beteiligten sich nach bisherigen Erkenntnissen auf republikanischer Seite am spanischen Bürgerkrieg, allerdings nicht im Bestand der Botwin-Kompanie.

In der Holocaust-Forschung hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte der Standpunkt durchgesetzt, dass jüdischer Widerstand gegen das NS-System keinesfalls auf handgreifliche Aktionen und schon gar nicht auf den bewaffneten Kampf eingengt werden

dürfe. Einen wichtigen Ausgangspunkt für diese Erkenntnis bildete die Tatsache, dass die nationalsozialistischen Machthaber mit den Beschlüssen der „Wannseekonferenz“ im

Januar 1942 die physische Vernichtung der europäischen Juden zum Staatsziel erklärt hatten. (Praktisch war mit der Verwirklichung dieser Zielstellung bereits seit dem Überfall auf die UdSSR in Gestalt der Massenmorde in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten begonnen worden.) Mit dieser nunmehr für die jüdische Bevölkerung in Deutschland und anderen zahlreichen europäischen Ländern entstandenen unmittelbaren Lebensgefahr gewann die **Rettung des eigenen Lebens wie auch des Lebens anderer Juden** einen nie gekannten Stellenwert. In unzähligen Fällen bildete jetzt die Rettung von Menschenleben und die Verzögerung der Vernichtungsmaschinerie das wichtigste Ziel des Widerstandes – sei es durch Flucht vor oder während der Deportation oder durch verbissenen Kampf um die bloße physische Existenz in den Ghettos und Lagern.

In der Holocaust-Forschung hat diese Form resistenten jüdischen Handelns begrifflich als „Rettungswiderstand“ einen festen Platz gefunden. Auch Chemnitzer Juden praktizierten, wie an anderer Stelle personifiziert aufgezeigt wird, diese Widerstandsform in unterschiedlichster Weise: Manche gingen vor der drohenden Deportation in den Untergrund, um als „U-Boote“ zu überleben, andere ließen sich mit dem gleichen Ziel schwere Verletzungen beibringen, um als transportunfähig zurückgestellt zu werden, und wieder andere retteten durch mutiges und selbstloses Auftreten im Vernichtungslager Mithäftlinge, die als „Todeskandidaten“ galten. Auch die späte Flucht in ein sicheres Exilland ist hier einzuordnen. Weil ab Anfang Januar 1942 die Auswanderung jüdischer Bürger aus Deutschland angesichts der bevorstehenden „Endlösung der Judenfrage“ strikt unterbunden wurde, bestand nur noch für einige derjenigen, die in einem zwischenzeitlich von den deutschen Truppen besetzten Land wie Frankreich, Belgien oder den Niederlanden lebten, eine minimale Chance für ihr Entkommen in die USA, Australien oder Südamerika. Auch einigen wenigen Chemnitzer Juden glückte zu diesem Zeitpunkt noch die Flucht.

Ein wichtiges Element jüdischer Selbstbehauptung bildete auch der „kulturelle“ Widerstand. So bemühten sich viele Juden unter extremen Existenzbedingungen um eine möglichst vielseitige Bildung ihrer Kinder und um ein Minimum an Kultur. In zahlreichen Ghettos wurden Schulen und Theater gegründet, Untergrundzeitungen gedruckt und die religiösen Riten gepflegt. Ungeheuer erfolgreich kämpften sie gegen das rassenpolitische Ziel der Nationalsozialisten, nicht nur die (jüdischen) Menschen, sondern auch die Erinnerung an sie und die an ihnen begangenen Verbrechen auszulöschen: Sie schrieben Tagebücher und Chroniken, sammelten Dokumente, fertigten Fotografien oder malten Bilder. Manche dieser wertvollen Zeugnisse konnten aus Ghettos und Konzentrationslagern herausgeschmuggelt werden, andere wie das einzigartige „Ringelblum-Archiv“, welches im Warschauer Ghetto entstand, wurden – eingelagert in Metallbehälter – auf dem Ghetto-Gelände sicher versteckt und konnte bei Ausgrabungen nach dem Krieg größtenteils geborgen werden.

In welchem Ausmaß fand nun widerständiges jüdisches Handeln auf dem Territorium Deutschlands (und damit auch in Chemnitz) statt?

Wenn man von den bereits ausführlich erörterten, als „Selbstbestimmung“ oder „Verweigerung“ gekennzeichneten Verhaltensweisen, welche auch stets Elemente der Abwehr bzw. Resistenz enthielten, absieht, **hat es nach weitgehend übereinstimmender Auffassung der Historiker einen mit dem Attribut „jüdisch“ zu versehenden Widerstand (also verstanden als ein spezifischer, kollektiver Widerstand von Juden auf breiter Ebene) auf dem Boden des deutschen Reiches nicht gegeben**, weil weder objektive noch subjektive Bedingungen für einen solchen vorhanden waren, wie schon an anderer Stelle erläutert wurde.

Damit sollen die beiden bekannten Sonderfälle – die „Herbert-Baum-Gruppe“ und „Chug Chaluzi“ („Pionierkreis“) – weder ignoriert noch in ihrer Bedeutung geschmälert werden. Insbesondere die Widerstandsaktivitäten der zahlenmäßig umfangreichen Gruppe um Herbert Baum verdienen höchsten Respekt, da sie, angelehnt an die politische Strategie der KPD, das NS-Regime unmittelbar angriffen, womit eine hohe Gefährdung ihrer Mitglieder verbunden war. Da die weitaus meisten von ihnen (einschließlich der Führungspersönlichkeiten mit eigenständiger Entscheidungskompetenz) Juden waren, ist hier selbstverständlich die Bezeichnung „jüdischer Widerstand“ angebracht. Das trifft auch auf die religiös-jüdische Gruppe „Chug Chaluzi“ zu, obgleich deren widerständiges Handeln auf andere Zielstellungen als die der Herbert-Baum-Gruppe ausgerichtet war: Hier ging es schwerpunktmäßig um die Suche nach Fluchtwegen ins Ausland und um die Organisation des Lebens in der Illegalität bis zur Befreiung. Weil die Bildung dieser fast ausschließlich aus Kindern und Jugendlichen bestehenden Gruppierung erst 1943 erfolgte, als die Deportationen bereits in vollem Gange waren, ist dieses Handeln in die große Thematik „Rettungswiderstand“ einzuordnen.

Es ist auch kein Zufall, dass diese beiden Ausnahmefälle in Berlin verortet waren. Dort gab es neben dem deutschlandweit höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil (Stand Juni 1933: 3,78%) die Anonymität der Großstadt, eine vergleichsweise stark ausgeprägte Solidarität seitens der nichtjüdischen Bevölkerung, eine Vielzahl verschiedenster Versteckmöglichkeiten und ein dichtes Nahverkehrsnetz – also ungleich bessere Voraussetzungen für das Entweichen und Verbergen als anderswo in Deutschland. Daraus erklärt sich auch, dass in Berlin trotz des durch die Gestapo gelenkten Einsatzes jüdischer Spitzel nach bisherigen Schätzungen von etwa 7.000 untergetauchten Juden ca. 1.700 gerettet werden konnten. Dies geschah natürlich meist mit Hilfe nichtjüdischer Menschen.

Wenn die beiden genannten Beispiele auch Ausnahmereischeinungen darstellen, kann dies nicht den Blick dafür verstellen, dass sich trotz ungünstiger äußerer Rahmenbedingungen sowie der aufgezeigten psychologischen Schranken nicht wenige deutsche Juden, darunter auch in Chemnitz, in vielfältiger Weise am Widerstand gegen das Hitler-Regime beteiligten.

Dazu werden nachfolgend die inhaltlichen Hauptfelder widerständigen Handelns mit Beteiligung von Chemnitzer Juden (einschließlich „Mischlingen“ und „Geltungsjuden“) benannt und erläutert.

Beteiligung an politischen Widerstandsgruppen bzw. -aktionen im Heimatterritorium und anderswo in Deutschland

Der politische Widerstand gegen das NS-Regime im deutschen Reich hatte viele Gesichter. Dabei ist die Erkenntnis, dass er hauptsächlich durch die nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ verbotenen linken Parteien und deren Nebenorganisationen, die sich nach den ersten Massenverhaftungen neu zu formieren versuchten, vorgetragen wurde, unter Historikern inzwischen unumstritten. Zuallererst die KPD und deren Jugendverband (KJVD) unternahm im gesamten Reich immer wieder vielfältige Aktivitäten, um den terroristischen und arbeiterfeindlichen Charakter der Nazi-Diktatur im Volk zu entlarven und dadurch Mitstreiter aus breiten Bevölkerungsschichten für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Bildete in den ersten Jahren die massenhafte illegale Verbreitung von Schriftmaterial, welches teilweise aus dem benachbarten Ausland wie beispielsweise der CSR eingeschleust wurde, den Tätigkeitsschwerpunkt, so rückten insbesondere nach Kriegsbeginn neben der individuellen mündlichen Agitation auch Sabotageakte in Rüstungsbetrieben sowie Solidaritätsaktionen für die in allen wirtschaftlichen Bereichen eingesetzten ausländischen Zwangsarbeiter immer mehr in das Zentrum des widerständigen Handelns. Meist vollzog sich dieses in territorial oder betrieblich agierenden Gruppen mit mehr oder weniger stabilem personellem Bestand. Allerdings zahlte die KPD mit ihrer Strategie der massenweisen Einflussnahme auf die Meinungsbildung der Bevölkerung gerade während der ersten Jahre nach der NS-Machtübernahme einen hohen Preis, der sich (auch in Chemnitz) in einer Flut von Hochverratsprozessen, Haftstrafen, KZ-Einweisungen und Arbeitsplatzverlusten für die Widerständler niederschlug.

Die beiden anderen Arbeiterparteien SPD und SAPD erreichten – den gesamten Zeitraum der Naziherrschaft betrachtet – nicht annähernd die gleiche Schlagkraft. Während die vom Exil aus wirkende Auslandsleitung der SPD ihre in Deutschland verbliebenen Mitglieder darauf orientiert hatte, im Interesse der Schonung der menschlichen Ressourcen nur bei hoher Sicherheitserwartung öffentlichkeitswirksame Aktionen wie das Verteilen illegaler Schriften durchzuführen, war die SAPD als kleine Splitterpartei personell zu schwach aufgestellt. Dies bedeutete jedoch keinesfalls, dass es seitens der Mitgliedschaft dieser beiden Parteien keine Beteiligung am antifaschistischen Kampf gegeben hätte. Nicht wenige SPD-Mitglieder, besonders aus dem früheren Jugendverband SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend), die mit dem strategischen Kurs ihrer Führung nicht einverstanden waren, entwickelten eigenständige Aktivitäten oder schlossen sich im Laufe der Zeit territorial oder betrieblich agierenden KPD-Gruppen an. Die SAPD wiederum hatte sich beim Übergang in die Illegalität besonders strenge konspirative Regeln auferlegt, so dass die antinazistische Betätigung ihrer Mitglieder vergleichsweise lange unentdeckt blieb. In ihrer Heimatstadt bzw. auf deutschem Territorium wirkten jüdische KPD-Mitglieder aus Chemnitz in sehr unterschiedlicher Weise am Widerstandskampf mit: Während etwa die Schwestern *Auguste Ritscher* und *Anna Seipel* bis zu ihrer Verhaftung maßgeblich am

Vertrieb illegaler Literatur in Chemnitz und Umgebung beteiligt waren, hatten beispielsweise *Leo Bauer* und *Lea Lichter* – letztere als Instrukturin des KJVD in Berlin – von ihren Leitungsgremien überörtliche Aufgaben zugewiesen bekommen. *Heinz Litten* hatte sich in seiner Funktion als Oberspielleiter am Chemnitzer Stadttheater bis zur „Machtergreifung“ mit nazikritischen Inszenierungen und in seiner Freizeit außerdem mit der Anleitung von Agitprop-Auftritten antifaschistischer Jugendlicher engagiert. *Jenny Lompscher*, in einer Mischehe lebend, deckte die konspirative Arbeit ihres im Nachrichten-Apparat der Partei tätigen nichtjüdischen Mannes gegenüber der Öffentlichkeit durch entsprechende Verhaltensweisen ab.

Leider konnten zu einer Reihe jüdischer KPD-Mitglieder wie zum Beispiel Szlama Gliksmann, Dr. Ernst Cohn, Walter Cohn, Marek Muszkatblat, Hermann und Margarete Brudner oder Rolf Geiblinger (letztere damals Mitglieder des KJVD) keine oder nur sehr vage Belege für widerständiges Handeln im Heimatterritorium gefunden werden, was dem Umstand geschuldet sein kann, dass die meisten der Genannten schon frühzeitig emigrierten oder über ihre Aktivitäten wegen der doppelten Gefährdung gegenüber jedermann (außerhalb ihres unmittelbaren Mitkämpfer-Kreises) strengstes Stillschweigen bewahrten. Lediglich bestimmte Tatsachen wie längere Inhaftierungen in „Schutzhaft“-Lagern (Ernst Cohn) weisen darauf hin, dass zum damaligen Zeitpunkt, zu dem rassistische Gründe noch eine untergeordnete Rolle spielten, die Genannten wegen politischer Aktivitäten in Haft genommen worden waren.

Von den bereits vor Beginn der NS-Herrschaft in der SPD organisierten jüdischen Mitgliedern aus Chemnitz hatte *Dr. med. Kurt Glaser* wohl den höchsten Bekanntheitsgrad erlangt, denn er fungierte von 1930 bis 1933 als Stadtverordneter und vertrat innerhalb seiner Partei konsequent linke Positionen. Von März bis September 1933 war er im Konzentrationslager Sachsenburg inhaftiert. Auch die Rechtsanwälte *Dr. Walter Gerson* (– dieser hatte noch kurz vor der NS-Machtübernahme gerichtlich ein Naziblatt verbieten lassen –) und *Dr. Hermann Mördler*, der bis 1933 mehrfach öffentlich gegen die Politik der NSDAP aufgetreten war, hatten sich stark in der antifaschistischen Bewegung engagiert. Der „Mischling“ *Joseph Michl* sowie die „Volljuden“ *Max Gutmann* und *Aladar Reizmann* wirkten in Widerstandsgruppen mit; letzterer beging in diesem Rahmen auch Betriebs sabotage. *Dora Geiblinger* war als Mitarbeiterin des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ wesentlich an Geldtransfers gegenüber illegal agierenden linken Parteien zur öffentlichkeitswirksamen Abwehr antisemitischer Propaganda beteiligt.

Auch auf eine ganze Anzahl prominenter jüdischer SPD-Mitglieder der Stadt trifft zu, dass die angestellten Nachforschungen keine Hinweise auf handfeste Widerstandsaktivitäten erbrachten, so beispielsweise bei Tobias Blaustein, Zala Bodik (Verwalter der AWO-Kasse) oder Bernhard Eilbaum. *Erich Gottgetreu* lebte zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme bereits seit mehreren Jahren in Berlin und arbeitete in verantwortlicher Position beim sozialdemokratischen Pressedienst.

Auch in Widerstandsgruppen der SAPD wirkten Chemnitzer Juden mit; allerdings konnten bisher nur *Jenny Schwalb* und *Feivel Scheindling* verifiziert werden, die beide im gleichen Hochverratsprozess zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Neben den aufgeführten parteigebundenen Akteuren sind jedoch auch jüdische Parteilose in den Arbeiterwiderstand einzuordnen, so u. a. die geschwisterlich verbundenen Rechtsanwälte *Ruth* und *Karl Karger*, die zu den zwischen 1919 und 1933 für die „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD) tätigen ca. 350 Rechtsanwälten zählten. Während Karl Karger 1933 noch die Emigration nach Palästina gelang, verstarb seine Schwester Ruth am 26. Juni 1943 im KZ Theresienstadt.

Auch politisch links orientierte Mediziner wie *Dr. Max Sichel* und Dr. Karl Wolff – beide organisiert im „Verein sozialistischer Ärzte“ – standen auf der Seite der linken Parteien und versorgten trotz massiver Drohungen seitens der Nazis verletzte Arbeiter nach politischen Auseinandersetzungen mit der SA.

Marginal war dagegen in Chemnitz der Widerstand von Juden aus dem bürgerlichen Lager. Neben dem bereits erwähnten *Otto Goldhardt* (DDP / Deutsche Staatspartei), der seine Abneigung gegen das NS-Regime verbal in großer Deutlichkeit öffentlich machte, wäre unbedingt noch dessen Parteigenosse *Dr. Kurt Cohn* zu nennen, der bis 1933 in Chemnitz als Landgerichtsrat fungiert hatte und wegen seiner jüdischen Abstammung aus dem Staatsdienst entlassen worden war. Neben einer umfangreichen Rechtsberatung für jüdische Mitbürger, die in die Mühlen der sächsischen NS-Justiz geraten waren, organisierte er gemeinsam mit der bereits genannten Dora Geiblinger in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Vorsitzender des Landesverbandes Mitteldeutschland im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens streng konspirativ Geldtransfers an die illegal wirkenden Parteien SPD und KPD zum Zweck der Anti-Nazi-Propaganda.

Diese Beiträge jüdischer Chemnitzer zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur – hier verkürzt dargestellt – mögen auf den ersten Blick als geringfügig erscheinen. Wenn man allerdings die (an anderer Stelle bereits ausführlich dargestellten) Bedingungen berücksichtigt, unter denen sich dieses Tätigwerden vollzog, können die Leistungen der beteiligten Akteure nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Mitwirkung in Untergrundorganisationen und Partisaneneinheiten auf dem Territorium besetzter europäischer Länder

Bekanntlich formierte sich in allen von den deutschen Streitkräften besetzten europäischen Gebieten Widerstand gegen die Besatzer, allerdings mit Unterschieden in Tempo, Wucht, Formen sowie politischen Hauptträgern. Eine wichtige Rolle spielten als Akteure immer auch jüdische Menschen, und zwar sowohl aus dem einheimischen Bevölkerungsteil als auch aus der Gruppe der vor der Besetzung aus Deutschland emigrierten Juden, denn die von den deutschen Besatzungsverwaltungen nach und nach erlassenen Gesetze waren letztlich darauf gerichtet, möglichst alle im Land befindlichen Juden und Mischlinge zu registrieren und durch Internierung in „Arbeitslagern“ oder Ghettos für einen späteren reibungslosen Abtransport in die großen Vernichtungslager fest in den Griff zu

bekommen.

Widerstandsaktionen der einheimischen jüdischen Bevölkerung in besetzten Ländern / Gebieten wurden bereits im Grobüberblick dargestellt. Inwieweit aber beteiligten sich daran auch Juden aus Deutschland und speziell aus Chemnitz?

Bisher konnten entsprechende Aktivitäten seitens ehemals in Chemnitz beheimateter jüdischer Bürger für Polen, Frankreich, Italien und Griechenland nachgewiesen werden.

Margarete Brudner, *Hans Kleinberg* und *Joseph Wulf* waren zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach **Polen** gelangt, wo sie sich jeweils Untergrundgruppen anschlossen. Während Wulf schon im Kindesalter mit seinen Eltern in deren frühere Heimatstadt Krakau zurückkehrte, ging Margarete Brudner 1935 nach Warschau. Hans Kleinberg war im Rahmen der bereits erwähnten „Polenaktion“ Ende Oktober 1938 ausgewiesen worden. Margarete Brudner gelang – nach eigener Aussage mit Unterstützung eines SS-Arztes – die Flucht aus dem Warschauer Ghetto, während sich Kleinberg, nachdem er im Zuge mehrerer Zwangsumsiedlungen nach Krakau gelangt war, eine falsche Identität zulegen konnte, die ihn bis zur Befreiung durch die Rote Armee schützte. Wulf schloss sich nach der Niederlage Frankreichs in seiner Heimatstadt Krakau der bürgerlich-zionistischen Jugendgruppe „Akiva“ an, wo er mit gefälschten Pässen unter anderem Kurierdienste ausführte und an der Herstellung einer Untergrundzeitschrift mitarbeitete. Als seine Gruppe, die sich im Oktober 1942 mit der sozialistisch-zionistischen „Haschomer Hazair“ zur „Kampf-Organisation der jüdischen chaluzischen Jugend“ vereinigt hatte, im März 1943 aufflog, wurde W. nach einmonatiger Untersuchungshaft in das Vernichtungslager Auschwitz eingeliefert, welches er trotz seiner schwachen körperlichen Konstitution durch die Solidarität von Mithäftlingen überlebte.

Auch bei den Untergrundgruppen, denen sich Margarete Brudner und Hans Kleinberg angeschlossen hatten, deutet einiges darauf hin, dass sie jüdisch dominiert waren. Dies ist nicht verwunderlich, denn ebenso wie in der polnischen Gesamtbevölkerung war auch im nicht-jüdischen Widerstand dieses Landes Antisemitismus weit verbreitet.

Unklar bleibt vorerst das Schicksal von *David Steuer*, der nach bisher vorliegenden Erkenntnissen durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten aus dem Beruf gedrängt wurde und in der Absicht, für sich und seine in Deutschland verbliebene minderjährige Tochter die Ausreise zu Verwandten in den USA zu betreiben, in sein Heimatland Polen ausgewandert war. Nach Kriegsende erhielt seine Tochter durch eine Bekannte, der ein entsprechendes Gerücht zu Ohren gekommen war, die Auskunft, dass ihr Vater bis zu seiner Verhaftung und späteren Deportation dem polnischen Widerstand angehört hätte.

Als klassisches europäisches Exilland – beispielsweise gab es hier im Gegensatz zur Schweiz keine Einreisehindernisse – war **Frankreich** in den 1930er Jahren auch ein Zentrum für politisch und / oder rassistisch Verfolgte aus Deutschland. 1938 wurden allein mehr als 30.000 aus dem Reich Geflüchtete gezählt, darunter viele Juden. Abgesehen davon, dass in Frankreich ein libertäres politisches Regime herrschte und der jüdische

Bevölkerungsteil fest in die Gesellschaft integriert war, galt die französische Armee zum damaligen Zeitpunkt als die in allen militärischen Belangen stärkste europäische Streitmacht, was den jüdischen deutschen Exilanten ein zusätzliches Gefühl von Sicherheit verlieh.

Nach dem Überfall der Wehrmacht und dem Waffenstillstandsabkommen von Compiègne wurde Frankreich bekanntermaßen in zwei Gebiete geteilt: die Nordhälfte des Landes unter Einschluss der Industriegebiete sowie der französischen Atlantikküste bis zur spanischen Grenze unterstand einer in Paris residierenden deutschen Militärverwaltung, während in der von der Wehrmacht zunächst unbesetzten „Südzone“, zu der etwa 40% des Staatsgebietes sowie Frankreichs Kolonien gehörten, ab Juli 1940 eine neue französische Regierung unter dem ehemaligen General Henri Philippe Pétain die Verwaltungsgeschäfte ausübte. Dieses Regime, welches seinen Sitz in der Stadt Vichy hatte, unterschied sich vom nationalsozialistischen Deutschland und vom faschistischen Italien nur durch das Fehlen einer Einheitspartei und einer ungezügelten Expansionspolitik. Ansonsten ähnelte es den beiden Diktaturen in vielem: scharfe Pressezensur, streng hierarchische Gliederung der Gesellschaft, massive Unterdrückung der Opposition, „Führerkult“ und extreme Fremdenfeindlichkeit. Neben Kommunisten und Freimaurern waren es auch in Vichy-Frankreich die Juden, die besonders zu leiden hatten. Ohne bereits von deutscher Seite unter Druck gesetzt worden zu sein, erließ die Pétain-Regierung Judenstatute, die das Judentum nach rassistischen Kriterien definierten und jüdische Bürger von öffentlichen Ämtern sowie zahlreichen freien Berufen wie dem Pressewesen ausschlossen. Als die deutschen NS-Behörden im Sommer 1942 begannen, auch die in Frankreich ansässigen Juden systematisch in die Vernichtungslager zu deportieren, arbeitete das Vichy-Regimes ihnen bereitwillig zu, obwohl es den nationalsozialistischen Vernichtungswillen eigentlich nicht teilte. Pétain wurde 1945 wegen Kollaboration zum Tode verurteilt.

Der Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht entwickelte sich zunächst verhalten, denn in der französischen Bevölkerung und insbesondere innerhalb der politischen und militärischen Elite saß der Schock über die unerwartete und dazu schnelle Niederlage tief. Gegen das deutsche Besatzungsregime sowie gegen die mit ihm kollaborierende Vichy-Regierung erhoben sich nach und nach zahlreiche Widerstandsorganisationen, deren Verhalten untereinander jedoch häufig nicht frei von politischen Spannungen war. Bemerkenswert ist, dass in den ersten widerständigen Gruppierungen außerordentlich viele ehemals aus dem Ausland emigrierte jüdische Kämpfer vertreten waren. Im wissenschaftlichen Diskurs begegnet man daher nicht selten der Auffassung, dass der jüdische Widerstand in Frankreich dem allgemeinen Widerstand vorausgegangen sei bzw. eine Art Initialzündung für diesen dargestellt habe. So vertritt die österreichische Journalistin und Autorin Ingrid Strobl in ihrem Buch „Sag nie, du gehst den letzten Weg“ diesen Standpunkt sehr nachdrücklich und unterlegt ihn mit handfesten Tatsachen.

Auch Chemnitzer Juden beteiligten sich am Kampf gegen die deutschen Besatzer: Während *Walter Cohn* und *Marek Muszkatblat* als KPD-Mitglieder in der oft als

besonders effektiv beschriebenen F.T.P-M.O.I, einer eng mit der KP Frankreichs verbundenen bewaffneten Untergrundorganisation, aktiv waren, gelang dem bereits an anderer Stelle erwähnten *Leo Bauer* die Flucht aus einem Internierungslager über den Genfer See in die Schweiz. *Auguste Ritscher*, die im Mai 1940 ebenfalls interniert worden war, lebte mit ihrem (nicht-jüdischen) Mann, dem Spanienkämpfer Bodo Ritscher, während der Kriegs- und Besatzungszeit in Südfrankreich. Wegen eines langwierigen Leidens und einer schweren Operation war ihr eine umfangreiche Beteiligung an der Widerstandarbeit, die ihr Ehemann ab 1943 am Wohnort betrieb, nicht möglich. Marek Muszkatblat erlebte die Befreiung nicht mehr: Im Juli 1943 in Paris verhaftet, wurde er kurz darauf in das berüchtigte Sammellager Drancy, von dort aus wenige Tage später nach Auschwitz-Birkenau deportiert und hier im August des gleichen Jahres ermordet. Ein ähnliches trauriges Schicksal teilten die Geschwister *Sonia* und *Henoch Olschanezky*, die sowohl in einem Resistance-Netzwerk als auch für die britische nachrichtendienstliche Spezialeinsatztruppe SOE gegen die deutschen Besatzer arbeiteten: Henoch kam im April 1944 in Auschwitz ums Leben. Sonia erhielt am 6. Juli 1944 im Konzentrationslager Natzweiler-Struthof (Elsass) eine Phenolinjektion und wurde danach sofort verbrannt. Der gemeinsame Bruder *Tobias* („Serge“), der ebenfalls im französischen Widerstand aktiv war, überlebte dagegen.

In **Italien** hatte sich während der letzten Kriegsjahre, insbesondere nach dem am 3. September 1943 unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen zwischen dem Königreich Italien einerseits und den USA sowie Großbritannien auf der anderen Seite, eine gewaltige Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzungsmacht und die mit ihr verbündeten republikanischen Faschisten entwickelt. Mit ca. 250.000 aktiv kämpfenden Partisanen, in deren Bestand die kommunistische Garibaldi-Brigade mit 40% die Hauptmacht stellte, war die „Resistenza“ zum Zeitpunkt ihrer größten Ausdehnung gegen Kriegsende die zahlenmäßig stärkste Partisanenbewegung in Westeuropa während des Zweiten Weltkrieges.

Davon profitierte auch der Chemnitzer Jude *Horst* („John“) *Kutner*, der vom Mussolini-Regime 1938 wegen Militärsplionage für einen französischen Geheimdienst zu 30 Jahren Haft verurteilt und auf die Gefängnisinsel Elba verbracht worden war. Mit dem Vormarsch der im Juli 1943 auf Sizilien gelandeten anglo-amerikanischen Truppen wurden auch die Häftlinge von der Insel auf das italienische Festland gebracht und auf dort vorhandene Gefängnisse verteilt. Kutner landete zusammen mit seinen Zellengenossen, durch deren Einflussnahme sich im Laufe der Jahre eine starke antifaschistische Grundhaltung bei ihm ausgebildet hatte, in der Piemont-Kleinstadt Saluzzo. Als 1944 die Partisanen in dieser Gegend sehr aktiv wurden, gelang ihm mit ihrer Hilfe die Flucht. Er schloss sich ihnen daraufhin an und erwarb sich in der Folgezeit durch zahlreiche außerordentlich kühne und riskante Aktionen gegen den Feind hohes Ansehen in seiner Einheit.

Auch in **Griechenland** begann nach der Kapitulation der regulären griechischen Armee im April 1941 in den von Deutschland, Italien und Bulgarien besetzten Gebieten des Landes ein Partisanenkrieg. Aus der linksgerichteten Widerstandsgruppe EAM war die

paramilitärische Organisation ELAS hervorgegangen, die in der Folgezeit unter kommunistischem Kommando stand und im Sommer 1943 über rund 16.000 Kämpfer verfügte. Neben der zweitstärksten national-republikanischen Militärorganisation EDES, die von einem Oberst der geschlagenen griechischen Armee gegründet worden war, existierten außerdem noch zahlreiche kleinere und unabhängig voneinander operierende Widerstandgruppen.

Karl Sigler, der einer in Chemnitz ansässigen jüdischen Familie entstammte, ging nach der Schulzeit auf Hachschara mit dem Ziel, nach Palästina auszuwandern. Da er wie sein verstorbener Vater die griechische Staatsbürgerschaft besaß, aus diesem Grund aber wegen der britischen Einreisebestimmungen nicht in sein Wunschland gelangen konnte, begab er sich zu seinem in Athen lebenden Bruder Salomon. Noch unverheiratet, schloss er sich, wie durch Aussagen von Verwandten belegt ist, nach der Besetzung des Landes den kommunistischen Partisanen an. Da eine zu Kriegsende von seiner Mutter Rachel beim Roten Kreuz aufgegebenen Suchanzeige erfolglos blieb, gilt Karl Sigler seither als vermisst.

Wie bereits aufgezeigt, gab es auch in den zumeist auf besetztem polnischem Gebiet errichteten Ghettos und Vernichtungslagern geheime Widerstandsorganisationen, in denen jüdische Menschen – oft sogar als Führungskräfte – mitwirkten. Was speziell die Präsenz von Chemnitzer Juden in solchen Gruppen anbelangt, so konnten im Ergebnis der angestellten Recherchen bisher *Max Brudner* und *Justin Sonder* ermittelt werden. Beide handelten im Konzentrationslager Auschwitz, also unter höchster Gefahr für Leib und Leben. Während Brudner, ausgehend von seiner verfestigten politischen Grundhaltung, aus eigenem Antrieb aktiv wurde, erklärte Sonder, als er im Lager überraschend auf seine Bereitschaft zur Teilnahme am Widerstand angesprochen wurde, spontan sein Einverständnis. Einen ihm mehrere Monate später erteilten konkreten Sabotageauftrag führte Justin Sonder dann aus, ohne Ausmaß und Struktur der Widerstandsorganisation zu kennen: Er schlitze zusammen mit einem Mithäftling trotz der Anwesenheit von SS-Leuten auf einem LKW gelagerte Papiersäcke auf, in denen sich ein Granulat befand, welches zum Enteisen von Aggregaten in Werkhallen dienen sollte. Da dies die Aufnahme einer Produktion ermöglicht hätte, sollte das Granulat unbedingt unbrauchbar gemacht werden. Durch das gewitzte Verhalten Sonders und eine große Portion Glück gelang dieser Plan. Max Brudner betrieb zu einem anderen Zeitpunkt ebenfalls Sabotage im Lager, indem er unter Ausnutzung seiner Stellung als „Kapo“ gemeinsam mit anderen zuverlässigen Häftlingen der für den Bau eines SS-Bunkers verwendeten Zementmischung Sägespäne beisetzte, so dass die Festigkeit des Bauwerkes wesentlich herabgesetzt wurde.

Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg auf republikanischer Seite

Die Rolle von Jüdinnen und Juden während des Spanischen Bürgerkrieges in den Jahren 1936 bis 1939 ist bis heute – zumindest auf regionaler Ebene – stiefmütterlich thematisiert, obgleich ihr Anteil an den rund 32.000 Freiwilligen aus aller Welt, die in den

Internationalen Brigaden gegen die Streitmacht des Putschistengenerals Franco kämpften, mit 6.000 bis 7.000 Menschen überproportional hoch war. Dies ist kein Zufall, denn gerade die Juden, und hier besonders die aus Deutschland stammenden, wussten inzwischen sehr wohl, was Faschismus bzw. Nationalsozialismus bedeuteten. Sie begriffen ihren Kampf, über politische Ideale hinaus, als einen für das Leben. Für sie und viele andere blieb der bittere Umstand, dass das Franco-Regime – nicht zuletzt dank der Beschwichtigungspolitik der maßgeblichen bürgerlichen Demokratien Frankreich und Großbritannien – als Sieger aus diesem Ringen hervorgegangen war und zudem dem Hitlerstaat und dem faschistischen italienischen Regime ein ideales Erprobungsfeld für einen künftigen Krieg geboten hatte. Aber auch die Tatsache, dass innerhalb der antifranquistischen Kräfte Differenzen ausgebrochen waren, die bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen und zu Repressionen reichten, wurden als äußerst schmerzlich empfunden.

Auch Chemnitzer Juden gingen nach Spanien, konkret *Moritz Kupfermünz* und *Dr. Ernst Cohn*. (Insgesamt waren aus Chemnitz 21 Kämpfer vertreten; weitere zwei wurden schon in Frankreich von der dortigen Gendarmerie an der Weiterreise ins Bürgerkriegsland gehindert und vor die Alternative gestellt, an Deutschland ausgeliefert zu werden oder der französischen Fremdenlegion beizutreten. Sie entschieden sich für letzteres, zumal einer von ihnen bereits im Konzentrationslager Sachsenburg „einschlägige“ Erfahrungen gesammelt hatte.)

Der Zahnarzt Dr. Cohn, welcher 1933 im Zuge der NS- Zwangsverwaltung der Chemnitzer AOK-Zahnklinik seine Arbeitsstelle verloren hatte und anschließend als „Schutzhäftling“ bis 1935 in den Konzentrationslagern Colditz, Hohnstein und Sachsenburg eingesperrt war, emigrierte im gleichen Jahr zusammen mit seiner Frau in die CSR und von dort aus nach Palästina. 1937 ging er nach Spanien, wo er sich zunächst dem Thälmann-Bataillon der XI. Internationalen Brigade anschloss und später beim Sanitätsdienst der Brigaden verschiedene Funktionen in mehreren Hospitälern ausübte. Nach dem verlorenen Krieg mehrere Jahre lang in Südfrankreich und Algerien interniert, gelang ihm 1942 die Überfahrt nach Mexiko.

Moritz Kupfermünz, der wie Cohn der KPD angehörte, war bereits im Februar 1933 festgenommen und in Köln bis Ende des Jahres in „Schutzhaft“ gehalten worden. Gleich nach seiner Entlassung floh er zunächst nach Frankreich und gelangte Ende Oktober 1936 von hier aus per Schiff nach Spanien. Im Dezember erfolgte seine Kommandierung zur kurz vorher aufgestellten XIII. Internationalen Brigade, wo er als Zahlmeister einer Artillerie-Einheit eingesetzt wurde. Er war an allen Fronten, an denen die Brigade zum Einsatz kam, dabei und erlitt auch eine Verwundung. Nach Beendigung des Krieges gelang ihm – vermutlich von Frankreich aus – unter bisher ungeklärten Umständen die Ausreise nach Südamerika.

Erwähnt sei schließlich noch *Käte Lichtenstein*, deren politisches Wirken in Spanien allerdings einen „Sonderfall“ darstellte. Erstens lebte die junge Kommunistin und Schwester von *Fritz Lichtenstein*, die kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten Deutschland verlassen hatte, schon einige Jahre vor Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien und zweitens hinderten sie mehrere Gründe an einem umfangreicheren Engagement für die republikanische Sache, die sie selbstverständlich

grundsätzlich begrüßte: Sie hatte im März 1936, also kurz vor Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen, ein Mädchen zur Welt gebracht. Daneben war sie als kritisches Parteimitglied mit einigen „Anweisungen“ aus Moskau nicht einverstanden, und es gab seitens ihrer damaligen Genossen offensichtlich auch kaum Bemühungen, ihre diesbezüglichen Zweifel argumentativ zu zerstreuen. Hinzu kam, dass nach und nach einige ihrer in Spanien lebenden marxistischen Freunde spurlos „verschwanden“. Trotzdem war sie, wahrscheinlich animiert durch ihren engen Bekannten Hubert von Ranke, der dem AM-Apparat der KPD angehört hatte und ab Ende 1936 eine maßgebliche Rolle im republikanischen Nachrichtendienst Departamento del Estado spielte, partiell für die Volksfront tätig, indem sie zeitweilig im Hauptpostamt Barcelona die eintreffende deutsche Post zensierte. Sehr schwierig stellt sich dabei unter Berücksichtigung des Zeitpunktes dieser Betätigung die Benennung ihres konkreten Auftraggebers dar. Vermutlich kommen hier die Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens (PSUC) oder die anarchosyndikalistische Gewerkschaftskonföderation CNT in Betracht. Eine definitive Antwort konnte jedoch auch unter Einbeziehung von Fachexperten sowie der Tochter der L., Miriam Frank, die als Autorin mehrerer Bücher das Leben ihrer Mutter ausführlich beleuchtet hat, nicht gefunden werden. Käte Lichtenstein gelang die Flucht nach Mexiko. Die drei hier Genannten gehören übrigens zu den bisher verifizierten 15 Spanienkämpfern jüdischer Herkunft mit sächsischer Provenienz.

Propagandistisch-publizistisches, organisatorisches oder geheimdienstliches Engagement vom Exil aus

Es wurde bereits an anderer Stelle erwähnt, dass es, bedingt durch finanzielle, mentale, familiäre oder in den Einreisebestimmungen der potenziellen Exilländer liegende Gründe, nur einem Teil der deutsch-jüdischen Bevölkerung gelang, ihr Vaterland rechtzeitig zu verlassen. Nach der Besetzung großer europäischer Gebiete durch die Wehrmacht stellte sich zudem für viele Juden das Problem der Emigration erneut und diesmal, insbesondere nach dem Überfall auf die UdSSR, mit doppelter Schärfe, weil die dort auf die Wehrmacht folgenden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD unverzüglich mit den Massakern an der jüdischen Bevölkerung begonnen hatten – also schon Monate vor der bereits erwähnten Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, auf der entscheidende Festlegungen zur Organisation der Deportation aller europäischen Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung getroffen wurden.

Solange Länder als gesicherte Exilgebiete galten, bemühten sich zahlreiche Emigranten, unter ihnen viele Juden, in vielfältiger Weise darum, das Hitlerregime vom Ausland aus zu bekämpfen und damit zu seiner Destabilisierung beizutragen. Naturgemäß zeigten dabei diejenigen unter ihnen, die das Regime grundsätzlich ablehnten und bereits in Deutschland entsprechend politisch verortet gewesen waren – allen voran Mitglieder und Anhänger der Linksparteien – das stärkste Engagement. Dies lässt sich auch an den Aktivitäten etlicher jüdischer Exilanten aus Chemnitz nachweisen. So leistete *Leo Bauer* (KPD), der bereits maßgeblich an der Evakuierung von KPD-Kadern aus der CSR vor und während der deutschen Besetzung des Landes beteiligt gewesen war, als Vertrauensmann

der Partei für die Westschweiz eine umfangreiche Arbeit, in deren Mittelpunkt die Verantwortung für die Verbindung zur Parteiorganisation in Frankreich stand. Über den amerikanischen Abrüstungsexperten beim Völkerbund Noel Field knüpfte er Kontakte zum US-Nachrichtendienst OSS, wurde jedoch kurz darauf verhaftet und von einem Schweizer Gericht wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit und kommunistischer Betätigung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Im Mai 1944 auf Bewährung aus der Internierung entlassen, schloss er sich der Bewegung „Freies Deutschland“ der Schweiz an und wurde kurz darauf deren Leiter in der Region Westschweiz. Außerdem fungierte er bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland (Juli 1945) unter anderem als Verbindungsmann der KPD zur illegalen Partei der Arbeit der Schweiz.

Horst („John“) Kutner, bereits an anderer Stelle erwähnt, ließ sich nach der Emigration seiner Familie vom französischen Geheimdienst anwerben und betrieb für diesen Militärsplionage im faschistischen Italien. Er wurde festgenommen und zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er über sechs Jahre bis zur Befreiung durch italienische Partisanen absaß.

Yekutiel Federmann wurde in Palästina, wohin er von Deutschland aus über Großbritannien gelangt war, Mitarbeiter beim britischen Geheimdienst. Zugleich beteiligte er sich an der Organisation illegaler Waffenkäufe für die dort präsente jüdische Militärorganisation „Haganah“, die der britischen Mandatsmacht während des deutsch-italienischen Nordafrika-Feldzuges 1941/42 zahlreiche Kämpfer zur Verfügung stellte. Im Zeitraum 1942 bis 1947 war er außerdem Lieferant für die britische Marine.

Dr. Ernst Cohn, dem nach Jahren der Internierung die Emigration nach Mexiko gelungen war, wurde 1942 Sekretär des antifaschistischen Bundes „Freies Deutschland“ und ein Jahr später Leiter dieser Organisation im Bundesstaat Puebla. In dieser Eigenschaft trat er oft mit politischen Vorträgen im Radio auf, so beispielsweise im November 1943 zum Thema „Rassenlehren der Nazis“.

Helmut Flieg hatte nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfahren, dass nach ihm gefahndet wurde, und war daraufhin überstürzt in die CSR geflohen, wo er aus Sicherheitsgründen nur noch unter Pseudonym (u. a. als „Stefan Heym“) auftrat. Neben politischen Gedichten, die vor allem in der SPD-nahen „Deutschen Freiheit“ (Saarbrücken) veröffentlicht wurden, erschienen 1934 regelmäßig Arbeiten von ihm in der Satirezeitschrift „Der Simplicius“ (Prag) sowie in führenden Emigrantenblättern. Auch nach seiner 1934 erfolgten Ausreise in die USA veröffentlichte er zahlreiche Beiträge in verschiedenen europäischen Emigrantenzeitschriften. Nach Abschluss seines Germanistikstudiums, das er bereits in Deutschland begonnen hatte, avancierte Flieg 1937 in New York zum Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung „Deutsches Volksecho“, in der er sich unter anderem eingehend mit Naziumtrieben unter deutschen Einwanderern in den USA auseinandersetzte. Auch eine im Folgejahr von ihm verfasste und vom „Committee for Anti-Nazi Literature“ in New York herausgegebene Broschüre „Nazis in U.S.A.“ widmete sich speziell dieser Thematik. Im Oktober 1942 veröffentlichte Flieg seinen ersten Roman „Hostages“ – ein Buch über den Widerstand gegen die Nationalsozialisten im besetzten Prag, welches außerordentlich positive Kritiken erhielt, sofort Bestseller-Status erreichte und 1943 durch die US-Filmgesellschaft „Paramount Pictures“ verfilmt wurde. Ebenfalls 1943 erfolgte die Einberufung Fliegs zum US-Militär.

In der Spezialeinheit für psychologische Kriegsführung, der er auf Grund seiner intellektuellen und Sprachkenntnisse zugeteilt wurde, konnte er in der Folgezeit sein antifaschistisches Glaubensbekenntnis auf unmittelbarste Weise zur Wirkung bringen.

Einen wichtigen Beitrag zur öffentlichkeitswirksamen politischen Entlarvung des NS-Regimes leisteten im Exil auch jüdische Sozialdemokraten aus Chemnitz: Der Arzt *Dr. Kurt Glaser* war, nachdem man ihm im April 1934 die Kassenpraxis entzogen hatte, nach Frankreich emigriert. Dort wirkte er als Vorsitzender der Pariser Gruppe der „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ (RSD), einem von seinem nicht-jüdischen Chemnitzer Parteigenossen Karl Böchel mitinitiierten linken Arbeitskreis innerhalb der SPD, der den vom Exilvorstand der Partei (SoPaDe) verfolgten reformistischen Kurs klar ablehnte. Weiterhin arbeitete er aktiv im Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront und im Vorstand der SPD-Landesgruppe Frankreich mit. Nachdem er 1941 mit Hilfe des „Jewish Labor Committee“ nach New York emigriert war, beteiligte er sich dort aktiv an der Arbeit mehrerer antifaschistischer Organisationen und wurde 1944 Mitarbeiter in der Redaktion der jüdischen Wochenzeitung „Aufbau“.

Erich Gottgetreu, der bereits im Juni 1933 mit Touristenvisum als Journalist für die „Arbeiter-Zeitung“ Wien und für die „Daily Herald“ London nach Palästina emigriert war, publizierte in den folgenden Jahren Artikel über Deutschland und das politische Weltgeschehen in Zeitungen des Exillandes sowie in etlichen antifaschistisch ausgerichteten Emigrantenzeitungen in Paris und Amsterdam. Von 1935 bis 1940 war er außerdem Korrespondent für das französische Nachrichtenbüro Agence Havas und 1940 bis 1942 für de Gaulles Nachrichtenbüro Agence Francaise.

Die Journalistin *Irene Herzfeld* hatte sich seit Jahren als freie Mitarbeiterin der SPD-Presse betätigt und war im Mai 1933 nach Prag emigriert. Dort arbeitete sie im Bulletin des Exilvorstandes der Partei „Deutschland-Berichte der SoPaDe“ sowie im Feuilleton „Neuer Vorwärts“ und „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken mit. Außerdem war sie maßgeblich an der redaktionellen Bearbeitung des Sammelbandes „Konzentrationslager. Ein Appell an das Gewissen der Welt. Ein Buch der Gräuel. Die Opfer klagen an“ beteiligt, der 1934 im Verlag „Graphia“ Karlsbad erschien.

Die bereits an anderer Stelle erwähnte *Anna Seipel* (KPD) betätigte sich, nachdem ihr 1939 die Ausreise nach Großbritannien geglückt war, aktiv in der Solidaritätsbewegung für die in Spanien, Frankreich und Afrika internierten Interbrigadisten; von 1942 bis 1944 arbeitete sie in der Vereinigung der Internationalen Brigaden in London mit und fungierte schließlich 1945/46 als Organisationssekretärin der „Freien Deutschen Bewegung“ in Großbritannien. 1946 ging sie in die sowjetisch besetzte Zone.

Ihre Schwester *Helene Ringelblum*, die während der 1920er Jahre im geheimen Nachrichtenapparat der KPD verankert war, emigrierte auf Anweisung ihrer Parteiführung wegen eines drohenden Hochverratsprozesses schon 1931 in die UdSSR und nahm dort den Namen *Gerda Schering* an. Im Zeitraum 1943 bis 1946 arbeitete sie in der Radio-Redaktion des Senders „Freies Deutschland“, der seit September 1943 dem sogenannten „Institut 99“ unterstellt war – einer Institution, welche das propagandistische Auftreten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ mit den politischen Zielen der Sowjetunion abzustimmen hatte. 1946 kehrte sie nach Deutschland (in die sowjetischem Besatzungszone) zurück und lebte dann bis zu ihrem Tod in der DDR, wo sie

verschiedene staatliche Funktionen im Kulturbereich ausübte.

Auch *Lea Lichter*, die nach der Verbüßung ihrer Zuchthausstrafe (Vorbereitung zum Hochverrat) wegen ihrer polnischen Staatsbürgerschaft 1938 aus Deutschland abgeschoben worden war, floh nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen Anfang 1940 in die UdSSR, weil ihr keine andere Möglichkeit blieb, dem zu erwartenden Zugriff der Gestapo zu entgehen. Ab 1941 war sie Redakteurin des Jugendprogramms „Sturmadler“ beim deutschen Volkssender in Moskau, einem antifaschistischen Hörfunksender, der sich von September 1941 bis Mai 1945 in deutscher Sprache an die Bevölkerung des deutschen Reiches richtete. 1944 erfolgte ihre Ernennung zur Programmleiterin beim Sender „Freies Deutschland“, wo sie mit *Gerda Schering* zusammenarbeitete. 1945 ging sie in die sowjetisch besetzte Zone und heiratete hier den bekannten KPD-Funktionär Fritz Große, von dem sie elf Jahre getrennt gewesen war.

Der Jungkommunist *Rudolf Leder* (später *Stephan Hermlin*) war 1934 zunächst nach Palästina ausgewandert, 1937 jedoch nach Frankreich übersiedelt, wo er unter anderem Beiträge für den deutschen Freiheitssender 29,8 lieferte. Nach der Niederlage der französischen Armee, in der er kurzzeitig freiwillig gedient hatte, wurde er in einem Militärlager interniert und anschließend als Zwangsarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt. Als 1943 die Deportation nach Deutschland drohte, gelang ihm die Flucht aus Südfrankreich in die Schweiz. Hier engagierte er sich in der Bewegung „Freies Deutschland“ und war Mitherausgeber der antifaschistischen Zeitschrift „Über die Grenzen“. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück.

Heinrich Selver emigrierte 1938 in die USA und entfaltete dort eine umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit in Einwandererorganisationen. Viele seiner Aktivitäten standen in Zusammenhang mit der „Immigrant's Conference“, einer 1939 gegründeten Dachorganisation verschiedenster Einzelgruppen und Clubs, die als Selbsthilfeorganisationen der ab 1938 in die USA eingewanderten politischen Emigranten entstanden waren. Analog dazu beteiligte sich Selver 1941 an der Bildung eines Jugend-Dachverbandes innerhalb der „Immigrant's Conference“ und wurde kurz darauf dessen Repräsentant im Vorstand der Conference. Nach dem Kriegseintritt der USA trat Selver als Initiator oder aktiver Förderer von Kampagnen auf, die in verschiedenster Weise – propagandistisch, militärisch oder ökonomisch – die Kriegsanstrengungen der US-Regierung unterstützten.

Rolf Sigler war 1936 nach Großbritannien ausgewandert. Er bekam eine Stelle bei der deutschen Abteilung der „British Broadcasting Corporation“ (BBC), einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreiches. Hier hatte er an deutschsprachigen Sendungen mitzuarbeiten, die sich an die deutsche Bevölkerung wandten. Während des Zweiten Weltkrieges war die BBC mit 11.500 Mitarbeitern in London neben Radio Beromünster die wichtigste ausländische Informationsquelle für Millionen deutscher Radiohörer.

Einen sehr speziellen Beitrag im Kampf gegen die deutsche Kriegsmaschinerie leistete *Rolf Noskowicz* (Noskwith), der als ausgebildeter Mathematiker von 1941 bis 1945 im hochgeheimen britischen Objekt „Bletchley Park“, welches sich viele Jahre später als das damals weltweite Zentrum der maschinellen Kryptoanalyse erweisen sollte, an der Decodierung der für die deutsche Kriegsführung essentiellen Chiffriermaschine ENIGMA

beteiligt war. Diese Leistung trug zur Verkürzung des Krieges und damit zur Rettung zahlreicher Menschenleben bei. Ungeklärt bleibt die Rolle, die der Sohn des in der „Kristallnacht“ 1938 von SA-Leuten ermordeten Tietz-Geschäftsführers Hermann Fürstenheim im Exil spielte. Dieser *Manfred Fürstenheim*, Jahrgang 1911, der sich zum Zeitpunkt des Pogroms wahrscheinlich in Dänemark aufhielt, war in das Blickfeld der Gestapo Düsseldorf geraten. In einem dort verfassten Schreiben an die Außenstelle Krefeld vom Mai 1938 hieß es, dass der „ ... Jude Fürstenheim, der nach zuverlässigen Meldungen mit der sowjetrussischen Spionagezentrale in Verbindung steht ...“, verdächtigt werde, sich wiederholt abfällig über das NS-Regime geäußert zu haben. ⁴ Eine Anfrage beim dänischen Nationalarchiv im Jahre 2015 zu diesem Sachverhalt ergab, dass die Feststellung der Gestapo betreffs des Spionageverdachtes seitens des F. 1938 auch in der dänischen Zeitung „Nordslevig“ näher thematisiert worden war und die dänische Polizei daraufhin eine entsprechende Untersuchung durchgeführt hatte. Den Archiv-Unterlagen zufolge hatten sich die nachrichtendienstlichen Verdachtsmomente damals aber offensichtlich nicht bestätigt.

4 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland, Archivsignatur RW 0058 Nr. 32786, Bl. 8 (Auszug aus Schreiben der Staatspolizeistelle Düsseldorf v. 23.5.1938 an die Außendienststelle Krefeld)

**Militärdienst während des Zweiten Weltkrieges
in den regulären Streitkräften
allierter Staaten**

Die Geschichte der jüdischen Soldaten in den alliierten Armeen gehört – besonders aus regionalem Blickwinkel betrachtet – noch immer zu den weniger bekannten und erforschten Kapiteln des letzten Krieges, obgleich unter den 70 Millionen Weltkriegssoldaten, die gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan kämpften, anderthalb Millionen Juden waren. Die meisten von ihnen, 550.000, dienten in der US-Armee, 500.000 in der Roten Armee und 180.000 in den polnischen Streitkräften. Aber auch in der britischen, französischen, kanadischen, griechischen und südafrikanischen Armee war die jüdische Beteiligung hoch.⁵

Die Situation der Juden in der Sowjetarmee unterschied sich von der in den anderen alliierten Armeen. Die stalinistische Staatsführung ließ Auszeichnungen für Juden nur begrenzt zu und verschwieg nach Möglichkeit auch deren Kampfrolle sowie ihren Mut. Trotzdem zeugen 169.772 Tapferkeitsauszeichnungen, darunter 150 „Helden der Sowjetunion“ sowie über 100 Generale und zahlreiche Helden-Biografien von einer Loyalität und einem Opfermut dieser jüdischen Soldaten, den die Sowjetunion, deren Führung einen latenten Antisemitismus kultivierte bzw. duldete, keineswegs als Selbstverständlichkeit verdient hatte.

Auch aus Deutschland stammende Juden – inzwischen durch die NS-Behörden als staatenlos erklärt oder oft noch mit ihrer „alten“ polnischen, rumänischen oder russischen Staatsbürgerschaft – landeten an den Stränden der Normandie, kämpften an der Front, befreiten Konzentrationslager und arbeiteten in den Militärverwaltungen der vier Besatzungsmächte, wo sie vielfach für die Entnazifizierung sowie für den Aufbau eines demokratischen Rundfunk- und Pressewesens zuständig waren.

Die rund 10.000 jüdischen deutschen Soldaten, die vor allem im US-amerikanischen und britischen Militär dienten, waren besonders motiviert: Ihre Angehörigen befanden sich oft noch im Machtbereich der Gestapo oder waren bereits ermordet worden.

Obwohl deutsche Juden Verfolgte des NS-Staates waren, galten sie nach Kriegsbeginn 1939 vor allem in den Staaten des Commonwealth und den USA als „Enemy Aliens“ – als feindliche Ausländer. In Großbritannien, Kanada und Australien führte dies zu Verhaftungen und sogar Internierungen. In den USA, erst seit Ende 1941 im Krieg gegen NS-Deutschland und seine Verbündeten, wurde eine öffentliche Debatte über den Umgang mit „Enemy Aliens“ geführt. Internierungen blieben hier zwar aus, aber Skepsis und Misstrauen gegenüber deutsch-jüdischen Emigranten waren anfangs groß. Erst im weiteren Kriegsverlauf erkannte man, dass sie für den Kampf gegen NS-Deutschland unverzichtbar waren.

Welche Rolle spielten Juden aus Chemnitz in den Streitkräften der Alliierten?

Großbritannien: Das Vereinigte Königreich hatte sich nach 1939 zum wichtigsten Zentrum der aus Deutschland rassistisch und politisch Vertriebenen entwickelt. Die Angst vor Spionage und Sabotage seitens deutscher Einwanderer war hier dermaßen ausgeprägt, dass es im Frühjahr 1940 zu einer umfassenden Welle von Internierungen ohne Differenzierung bezüglich der Einwanderungsgründe kam. Neben den meisten Männern wurden auch mehrere Tausend Frauen sowie mehrere Hundert Kinder interniert und auf verschiedene Lager in England sowie auf der Isle of Man verteilt. Außerdem erfolgte der Transport zahlreicher Internierter nach Kanada und Australien. Darunter befanden sich auch Chemnitzer Juden. Durch verstärkten öffentlichen Druck begannen jedoch schon im Sommer 1940 die Entlassungen, und ein Jahr später befand sich ein großer Teil der ca. 30.000 ursprünglich Internierten wieder auf freiem Fuß.⁶

6 Vgl. Gerd R. Ueberschär: Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945, Berlin und New York 2011

Erst spät entschloss sich die britische Regierung, deutsche Exilanten in ihren Streitkräften als Freiwillige dienen zu lassen – zunächst allerdings verbunden mit der Einschränkung, sie nicht zu bewaffnen. Somit wurde das Royal Pioneer Corps, vielfach auch „Schaufelregiment“ genannt, zum militärischen Einstieg für viele Exilanten, die gegen die Hitler-Wehrmacht ins Feld ziehen wollten. Erst nach 1943 dienten dann deutsche Emigranten, darunter auch viele Juden, in allen Teilstreitkräften des Landes. Wegen ihrer Sprachkenntnisse und ihres Wissens um die Kultur und Mentalität der Deutschen zog man sie besonders für die psychologische Kriegsführung, für Verhöre von deutschen Kriegsgefangenen und Deserteuren sowie für Übersetzungsdienste heran. Zu ihrem Schutz für den Fall, dass sie in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten sollten, wurden ihre Vor- und Nachnamen sehr oft „anglisiert“.

In den britischen Streitkräften dienten nach bisherigen Erkenntnissen folgende aus Chemnitz stammende Juden: *Egon Berger, Fritz Bernstein, Hans Coper, Feiwei Engelberg, Dr. Alfred Fleiß, Arthur Flieg, Nathan Fuchs, Dr. Walter Gerson, Albert Herrscher, Jakob Klausner, Norbert Kutner, Lee Leder, Willy Lippmann, Heinz Litten, Bernhard Metsch, Dr. Samuel Reiter, Kurt Schlesinger, Benjamin Sigler* und *Ernst Sigler*.

Nathan Fuchs, Dr. Walter Gerson, Albert Herrscher und Jakob Klausner gehörten dabei zu den 30.000 jüdischen Freiwilligen aus dem damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, die im Krieg zu verschiedenen Zeitpunkten im Bestand der 8. Britischen Armee kämpften. Speziell bei Felix Engelberg betraf dies den Dienst in der 1944 gegründeten „Jüdischen Brigade“, auf die bereits an anderer Stelle eingegangen wurde.

USA: Im Unterschied zur britischen Verfahrensweise der Einbeziehung deutscher Exilanten in die nationalen Streitkräfte erfolgte in den USA die Rekrutierung grundsätzlich durch die formelle Einberufung, wobei die US-Behörden die Eingliederung in die Armee mit der Verleihung der US-amerikanischen Staatsbürgerschaft verbanden. Ohnehin aber strebten viele der jungen Exilanten nach dem Kriegseintritt der USA danach, als Soldat zu dienen. Dabei bestand angesichts des in Deutschland Erlebten ihr Hauptmotiv darin, das ehemalige Heimatland vom nationalsozialistischen Terror-Regime zu befreien. Der konkrete Einsatz der deutsch-jüdischen Soldaten wurde von Beginn an entsprechend ihren geistigen und physischen Fähigkeiten festgelegt, und zwar ohne Einschränkungen bezüglich ihrer Bewaffnung. Auch in den US-Streitkräften erfolgte ihr Einsatz wegen der spezifischen Sprachkenntnisse und des Wissens um die Mentalität der Deutschen vielfach als Übersetzer, Analysten und Verhörspezialisten. Besonders die „Ritchie Boys“ – das waren Akademiker, Intellektuelle oder Schriftsteller wie Stefan Heym – entwickelten ihre eigenen Methoden der psychologischen Kriegsführung.

In der US-Army dienten nach bisherigen Erkenntnissen folgende Juden, die aus Chemnitz stammten oder zumindest für längere Zeit dort gelebt hatten: *Theodor Balkind, Fritz Berdass, Heinz Berenhaut, Erich Fleischmann, Helmut Flieg (Stefan Heym), Horst Frank, Gerhard Gattel, Maksas Girsavicius, Walter Hartmann, Ralph von Kohorn, Wilhelm Kramer, Walter Mecklenburg, Eva Paretzkin, Hans-Joachim Schwab, Eduard Sternschuss, Herbert Vogel* und *Emil Zellner*. Zu 25 weiteren Chemnitzer Juden liegen Einberufungskarten vor, jedoch ist in diesen Fällen der militärische Einsatz nicht dokumentiert.

Frankreich: Es ist hier zu unterscheiden zwischen;

- der regulären französischen Armee, die im Juni 1940 vor der Wehrmacht kapituliert hatte,
- der polnischen Armee in Frankreich, die sich nach der Niederlage Polens 1940 aus (zumeist jüdischen) emigrierten Soldaten polnischer Staatszugehörigkeit formiert hatte und
- den „Freien Französischen Streitkräften“, die auf Initiative des ehemaligen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium der Republik Frankreich, General Charles de Gaulle, 1940/41 mit Unterstützung der Regierungen Großbritanniens und der USA aus der Taufe gehoben worden waren.

In allen diesen militärischen Verbänden kamen auch Juden aus Chemnitz zum Einsatz: *Rudolf Leder* sowie *Henoch* und *Tobias Olschanezky* in der „alten“ französischen Armee, *Samuel* und *Paul Federmann* im polnischen Kontingent derselben und *Dr. Max Maretzki* in den „Freien Französischen Streitkräften“.

Die „Freien Französischen Streitkräfte“, die mit maßgeblicher Unterstützung der Briten sowie Zulauf aus den unterschiedlichsten militärischen Personenpools (– hierzu zählten vor allem Militärverbände aus den vom Vichy-Regime weiterhin verwalteten französischen Kolonien, der Fremdenlegion sowie der leicht bewaffneten 100.000-Mann-Armee, welche die Pétain-Regierung nach dem Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland unterhalten durfte –) immer mehr erstarkten, verfügten bald sogar über eigenen Luft- und Seestreitkräfte. Ihre ersten Schläge gegen die Achse Rom – Berlin führten sie im Rahmen ihrer Beteiligung am Ostafrikafeldzug ab Dezember 1940 gegen italienische Truppen in Äthiopien und Eritrea.

Australien: Australien trat, nachdem seine Regierung die Kriegserklärung Großbritanniens an Nazideutschland akzeptiert hatte, am 3. September 1939 in den Zweiten Weltkrieg ein. Zu diesem Zeitpunkt waren die Streitkräfte des Landes nur unzureichend auf einen Krieg vorbereitet; beispielsweise bestand die Armee aus einem kleinen ständigen Kader von 3.000 Mann und 80.000 Teilzeitmilizsoldaten, die sich freiwillig für eine Ausbildung beim Militär gemeldet hatten. Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht für den Innenverteidigungsdienst zum 1. Januar 1940 und den zahlreichen Freiwilligen, die sich nach der Niederlage Frankreichs ab Juni 1940 zum Militärdienst meldeten, nahm der Personalbestand der Streitkräfte rasch zu. In den Folgejahren kämpften australische Einheiten an der Seite der Alliierten auf allen wesentlichen Kriegsschauplätzen und spielten von 1942 bis Anfang 1944 eine Schlüsselrolle im Pazifikkrieg. Bis Kriegsende hatten weit über 900.000 Australier in den nationalen Streitkräften gedient. *Hans Mecklenburg* (später „Harold Medley“) konnte bisher als einziger aus Chemnitz stammender Jude, der in der australischen Armee diente, ermittelt werden.

Rettungswiderstand

Rettung des eigenen oder / und des Lebens anderer jüdischer Menschen

Die Bestrebungen seitens jüdischer Bürger, das eigene Leben oder das anderer Juden (Familienangehörige, Nachbarn, Freunde/ Bekannte, Mithäftlinge) zu retten, verdienen angesichts der tödlichen Bedrohung, welche die Rassenpolitik der Nationalsozialisten über sie gebracht hatte, besondere Beachtung, denn hier ging es um alles. Bei den nachfolgenden Ausführungen wird ausdrücklich von Zeitpunkten bzw. Umständen ausgegangen, aus denen für die betroffenen jüdischen Bürger die Gefahr, die über ihnen schwebte, eindeutig ableitbar war. Die entscheidende Zäsur für die deutschen Juden bildeten dabei keinesfalls erst die Wannseekonferenz und die kurz darauf einsetzenden Massendepportationen aus Deutschland und den besetzten Gebieten in die Vernichtungslager, sondern die durch den Kriegsausbruch bereits zuvor enorm eingeschränkten Möglichkeiten der Ausreise aus dem Reich sowie die Lage in den jüdischen Ghettos, insbesondere nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR.

So gewann die Flucht über die (deutsche) „grüne Grenze“ immer stärker an Bedeutung. Sie konnte, wie beispielsweise bei den Chemnitzer Familien *Feller* und *Benda*, erfolgreich sein und zum Überleben führen, bei anderen aber mit Festnahme, Internierung und Deportation enden. Einigen aus Chemnitz stammenden Juden, so *Margarete Brudner*, *Hans Herschberg* und *Hans Kleinberg*, gelang es, aus Ghettos im besetzten Polen zu fliehen und sich mit falscher Identität bis zur Befreiung vor der rassistischen Verfolgung zu schützen. Während *Karl Ladewig* in Belgien ebenfalls mit gefälschten Papieren und der Unterstützung durch nicht-jüdische Menschen überleben konnte, endete für Franz Schreiber, seine Frau Charlotte und die Tochter Vera die Flucht aus einem südfranzösischen Ausländerlager mit Festnahme, Deportation und Ermordung in Auschwitz.

Anna Rosalia Degen, die mit Ehemann und Kindern 1933 von Chemnitz nach Berlin verzogen war, beschloss im März 1943 unter dem Eindruck der Deportation von Hausnachbarn spontan, sich und ihren Sohn vor dem Zugriff der Nazis zu retten. Als „U-Boot“, das heißt unter falscher Identität lebend, mussten sie achtmal ihr Quartier wechseln, bis sie in einer Laubenkolonie bei nicht-jüdischen Freunden bleiben und überleben konnten.

Aladar Reizmann, der „Volljude“ war, aber seinen Geburtsschein so fälschen konnte, dass er amtlich als jüdischer Mischling galt, wechselte zusammen mit seiner Frau mehrmals die Wohnung, um nicht von der Gestapo aufgegriffen und deportiert zu werden. Seine Taktik hatte Erfolg.

Durch einen vorgetäuschten Selbstmord mit anschließendem mehrmonatigem „Abtauchen“ in Berlin und darauffolgendem Wohnortwechsel nach Düsseldorf, wo ihr ein nicht-jüdisches Ehepaar Papiere besorgte und sie bis Kriegsende bei sich beherbergte, rettete sich *Eva Heidenheim* vor der bevorstehenden Deportation.⁷

Die „Mischlinge“ *Theodor Abraham, Rudolf Bachmann, Peter Glanz, Johann Michl, Wolfgang Schönemann* und *Werner Spicker* wagten Wochen vor Kriegsende die risikoreiche Flucht aus verschiedenen Arbeitslagern, in die sie im Rahmen von Befehlen des Reichsführers SS Himmler zwangsverpflichtet worden waren. Ihre Verstecke – nicht weit vom Heimatort entfernt bzw. in der Nähe von Verwandten oder Freunden – blieben bis zum Zusammenbruch des NS-Regimes unentdeckt.

Einen fast über das menschliche Vorstellungsvermögen hinausgehenden, am Ende aber von Erfolg gekrönten Versuch, der unmittelbar drohenden Deportation zu entgehen, unternahm *Bertha* und Friedrich *Schönemann* – ein in Mischehe lebendes Paar. Bertha hatte mit dem Judentum gebrochen, galt aber nach den NS-Rassegesetzen als Jüdin. Auf dem Weg zur angewiesenen Sammelstelle fügte Friedrich seiner Frau mit deren Einverständnis eine schwere Körperverletzung zu und machte sie dadurch transportunfähig. Für Bertha Schönemann bedeutete dies die Rettung.

Es gibt auch Belege dafür, dass sich Chemnitzer Juden in unterschiedlichster Weise selbstlos und mutig für andere jüdische Menschen einsetzten, ohne mit diesen verwandt oder vorher in besonderem Maße befreundet gewesen zu sein.

Dazu einige ausgewählte Beispiele:

Dr. Curt Feder, der bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme Direktor des Arbeitsgerichtes Chemnitz gewesen war und zusammen mit vier weiteren Funktionsträgern jüdischer Herkunft zum 31. März 1933 durch das sächsische Justizministerium vom Dienst beurlaubt wurde, engagierte sich bei der in Dresden ansässigen Vertretung des sogenannten „Büro Grüber“ für Ostsachsen. Mit seiner qualifizierten Beratungsleistung trug er dazu bei, dass es durch die Arbeit dieses Netzwerkes gelang, schätzungsweise 2.000 Juden und Jüdinnen – und zwar nicht nur christlich getauften – die Auswanderung zu ermöglichen. Heinrich Grüber wurde 1940 verhaftet und ins KZ gesperrt, das „Büro“ Anfang 1941 durch die Gestapo geschlossen. Kurt Feder und seine Frau, die zuletzt im Israelitischen Gemeindehaus auf der Dresdener Zeughausstraße leben mussten, wurden ein Opfer des Bombenangriffs auf die Stadt am 13./14. Februar 1945.

In sehr spezifischer Weise half auch *Fritz Lichtenstein*, der später in Palästina den hebräischen Namen „Perez Leshem“ annahm, einer unbestimmten, aber unbestritten großen Anzahl junger Juden, sich vor dem rassenpolitischen Zugriff der nationalsozialistischen Behörden in Sicherheit zu bringen. Dazu wurde er in die Lage versetzt durch sein langjähriges Wirken im jüdisch-zionistischen Ausbildungswerk „Hachschara“. Dieses zielte darauf ab, auswanderungswillige Juden in kollektiven Ausbildungsstätten auf die Verhältnisse im damaligen Palästina vorzubereiten. Im Mittelpunkt standen dabei harte Arbeit im Handwerk und in der Landwirtschaft, das gemeinschaftliche Leben in der Gruppe, die Aneignung der hebräischen Sprache sowie das Studium der jüdischen Religion, Kultur und Geschichte. Maßgeblich organisiert wurde die „Hachschara“ durch die bereits 1917 von jungen polnischen und russischen Zionisten ins Leben gerufene weltweite Dachorganisation „Hechaluz“. Mitbegründer des deutschen Landesverbandes dieser Organisation war 1922 Fritz Lichtenstein, darüber hinaus im Zeitraum 1931 bis 1933 auch leitender Funktionär derselben.

Ein gleichermaßen großes Verdienst um jüdische Mitmenschen, welches leider in der Vergangenheit bisher keinerlei öffentliche Beachtung erfuhr, erwarb sich die schon in einem anderen Zusammenhang erwähnte „Volljüdin“ *Dora Geiblinger*, die – in nicht privilegierter Mischehe lebend – seit 1927 in Chemnitz ansässig war: Im Rahmen ihrer damaligen beruflichen Stellung als Fürsorgerin der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig organisierte sie in Abstimmung mit dem Palästinaamt Deutschland der „Jewish Agency“ einen Kindertransport und begleitete diesen persönlich im November 1940 unter Regie der steiermärkischen Schmuggler-Organisation des Josef Schleich von Graz aus durch die Karawanken bis über die jugoslawische Grenze. Auch der Facharzt für Haut- und Harnleiden, *Dr. med. Lipp*, rettete in seiner Eigenschaft als „jüdischer Krankenbehandler“ mehrere Chemnitzer Juden vor der Deportation.

Unter außerordentlich widrigen Umständen, nämlich im Vernichtungslager Auschwitz mit seinem permanenten Gefahrenpotential für Leib und Leben bewahrte *Max Brudner* (bereits an anderer Stelle erwähnt) mehrere jüdische Mithäftlinge vor dem Tod. Als Funktionshäftling holte er zum Beispiel einige der Männer, die wegen ihres erbärmlichen Gesundheitszustandes als Todeskandidaten galten, in sein Arbeitskommando und organisierte für sie eine zum Weiterleben notwendige Pflege und Ernährung. Weiterhin rettete er, wie im Lager weithin bekannt wurde, drei Häftlinge, die bei einer Selektion zur Vergasung bestimmt worden waren, durch persönliche Vorstellung beim Lagerführer vor der physischen Vernichtung. Über Funktionäre des Krankenbaus stellte er auch sicher, dass der ebenfalls aus Chemnitz stammende jugendliche Mithäftling *Justin Sonder* – ebenfalls bereits erwähnt – bei einer Selektion nicht für die Gaskammer bestimmt wurde. Besonders jungen Häftlingen half Max Brudner uneigennützig mit Lebensmitteln, zusätzlicher Kleidung und vielen praktischen Ratschlägen für die Meisterung des harten Lagerlebens. Auch stärkte er ihren Lebensmut, indem er ihnen immer wieder Trost und Zuversicht gab.

Wenn auch bis dato nicht personifizierbar, so soll doch die Rolle, die das 1932 auf Initiative des Chemnitzer Makkabi-Vereins „Bar Kochba“ im Böhmisches-Wiesenthaler Ortsteil Stolzenhain (heute Ortsteil Háj in Loučná pod Klínovcem) nahe der deutschen Grenze bei Oberwiesenthal errichtete jüdische „Jugend- und Sportheim“ bei der Rettung jüdischer Menschen spielte, nicht unerwähnt bleiben, weil es zumindest einige deutliche Hinweise darauf gibt, dass dieses Haus verfolgten Juden bei ihrer Flucht über die „grüne Grenze“ als Anlaufstelle diente. Darüber hinaus ist durch Aussagen belegt, dass tschechische Juden dieses Heim als Stützpunkt für Skitouren nach Deutschland nutzten, um dort lebende jüdische Jugendliche mit „Untergrundliteratur“ zu versorgen. Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse darüber, wann die jüdische Nutzung des Heimes endete; etwa ab 1938 diente es mehr als „Sommerfrische“ und nicht mehr in erster Linie als Unterkunft für Sportler und Wanderaktivisten. Nach dem Krieg wurde es durch die jüdische Gemeinde in Teplice verkauft. Abgesehen von kleinen Änderungen ist das Gebäude in seiner ursprünglichen architektonischen Gestalt erhalten geblieben und wird seit langem als Pension genutzt.⁸

Resümee

Ebenso wie im übrigen Deutschland nahm auch in Chemnitz die jüdische Bevölkerung die von den NS-Behörden auf rassenpolitischer Basis verhängten zahlreichen Sanktionen, die im Kern auf ihre totale Kontrolle, Diskriminierung und Vertreibung abzielten, nicht ohne Widerspruch hin. Allerdings zwang die rigorose Unterdrückungs- und Vertreibungspraxis der Nationalsozialisten, die schließlich zu Beginn der 1940er Jahre in ein komplexes Vernichtungsprogramm einmündete, die in Deutschland lebenden Juden, welche schon durch ihre hoffnungslose zahlenmäßige Schwäche, nochmehr aber durch die ausgeprägte Heterogenität ihrer politisch-weltanschaulichen Positionen keinesfalls zu einer geschlossenen Gegenwehr fähig waren, zur Entwicklung von Überlebensstrategien. Als effektivste Methode erwies sich dabei das massenhafte, intelligente Unterlaufen der rassenpolitischen Rechtsvorschriften unter möglichst weitgehender Vermeidung von Sanktionen sowie öffentlichem Aufsehen. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft war dieses Verweigerungsverhalten bei vielen Juden noch mit der Hoffnung verbunden, dass das Hitler-Regime abdanken oder unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit wenigstens rassenpolitisch abrüsten könnte. Als dies jedoch nicht eintrat und – im Gegenteil – sich die Lebensverhältnisse der jüdischen Bevölkerung durch immer neue Gesetze und Verordnungen weiter drastisch verschlechterten, wählten diejenigen Juden, die es sich finanziell leisten konnten und / oder aufnahmebereite Partner im Ausland hatten, die reguläre Auswanderung bzw. die Flucht über die „grüne Grenze“. Für diejenigen aber, die in Deutschland ausharren mussten und nach Erlass entsprechender Vorschriften ab einem bestimmten Zeitpunkt keinerlei Möglichkeiten zum Verlassen des Landes mehr hatten, war Gegenwehr – in welcher Form auch immer – zum lebensgefährlichen Unterfangen geworden.

Abgesehen vom Mitwirken einiger jüdischer „Mischlinge“ in antifaschistischen Gruppen

⁸ Yuval Rubovitch und Knut Bergbauer Mehr als „jüdische Atmosphäre“. Das „Jüdische Jugend- und Sportheim“ am Keilberg im Erzgebirge von 1932 – 1938, in: „SportZeiten“ 2021/1, S. 3, 4, 16, 17

sowie von widerständigen Aktivitäten jüdischer Partner aus „Mischehen“ war, auch angesichts der kurz darauf einsetzenden Transporte in die Vernichtungslager, in Chemnitz keine direkte Gegenwehr aus der jüdischen Bevölkerung mehr zu verzeichnen. Die Anstrengungen der innerhalb kurzer Zeit immer weniger werdenden Juden in der Stadt richteten sich nun immer unmittelbarer auf die Rettung des eigenen sowie des Lebens naher Angehöriger oder Freunde. Dieses Ziel ließ einige von ihnen, sofern sie von Alter, Gesundheitszustand und Willenskraft her noch in der Lage waren, zu drastischen Mitteln wie Abtauchen in den Untergrund oder Eigenverletzung greifen. Die damit verbundenen hohen Risiken nahmen sie bewusst in Kauf. Anders verhielt es sich im Falle derjenigen Juden (auch aus Chemnitz), denen die Ausreise oder Flucht in ein Exilland gelungen war. Viele von ihnen – zumeist natürlich solche, die der nationalsozialistischen Ideologie und Bewegung schon vor 1933 feindlich gegenübergestanden hatten – nutzten die nunmehr vorhandene Chance, etwas gegen das Hitler-Regime zu tun, in unterschiedlichster Weise: Sie kämpften im spanischen Bürgerkrieg aufopferungsvoll gegen die mit Hitler-Deutschland verbündeten Truppen des Putschistengenerals Franco, wirkten propagandistisch in vielfältiger Form auf die deutsche Bevölkerung ein, waren an Geheimdienstoperationen beteiligt, nahmen in den besetzten Ländern als Mitglieder von Untergrundorganisationen oder Partisanengruppen am organisierten Widerstandskampf teil, unterstützten durch Sammelaktionen oder ehrenamtliches Engagement die Kriegsanstrengungen ihres Exillandes oder traten massenhaft in die regulären Streitkräfte der Alliierten ein, um die Armeen des verhassten Nazi-Deutschland vernichtend schlagen zu helfen.

Mit der Summe ihrer Leistungen erbrachten diese Juden den überzeugenden Beweis, dass sie, sobald ihnen eine entsprechende Chance eingeräumt wurde, ganz und gar nicht bereit waren, das ihnen durch die nationalsozialistische Rassenpolitik zugedachte Schicksal widerspruchslos hinzunehmen oder – anders ausgedrückt – sich wie Lämmer zur Schlachtbank führen zu lassen. Bemerkenswert ist – hier konkret auf die Chemnitzer Juden bezogen – der hohe Anteil von Frauen an den Widerstandsaktivitäten sowie der Grad ihrer Entschlossenheit angesichts der damit verbundenen Risiken.

Weiterhin erscheint in diesem Zusammenhang überaus interessant, wie viele jüdische Widerständler (unabhängig vom Geschlecht) den sozial höhergestellten Schichten der Stadtgesellschaft (Händler, Fabrikanten, Rechtsanwälte usw.) entstammten und sich auf freiwilliger Grundlage dem Kampf zum Sturz der Nazi-Herrschaft stellten. Wenn es auch – abgesehen von sehr wenigen Einzelbeispielen – in Deutschland einen spezifisch jüdischen Widerstand nicht gegeben hat und nicht geben konnte, weil weder objektive noch subjektive Bedingungen für einen solchen vorhanden waren, so wiegt das antifaschistische Engagement derjenigen Juden, die trotz doppelter Verfolgung den Kampf gegen das übermächtige Hitler-Regime aufnahmen, umso schwerer und verdient deshalb eine besondere Würdigung.

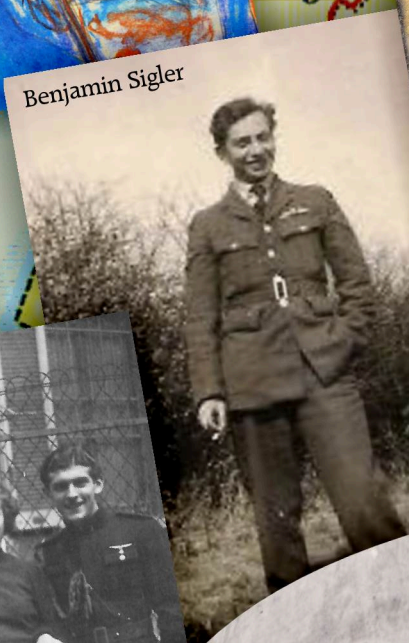
o. Levinson
15. Ill.
Wiesner, Enkelkinder
Ave. Chicago 15. Ill.
eb. B
7. Ill.
Chicago

Joe Shup
580 W. 17nd St., N.

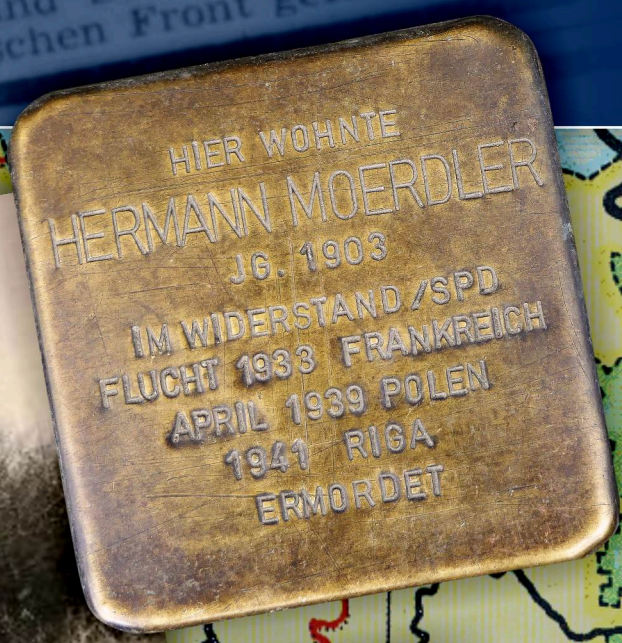
Zum Gedenken an unseren
Freund
Herbert Zucker
aus Dresden
der vor 10 Jahren als Frei-
williger im Kampf für Frei-
heit und Sozialismus an der
spanischen Front gefallen ist.



Max Brudner



Benjamin Sigler



HIER WOHNTE
HERMANN MOERDLER
JG. 1903
IM WIDERSTAND /SPD
FLUCHT 1933 FRANKREICH
APRIL 1939 POLEN
1941 RIGA
ERMORDET



Bob Kutner Ivli.



Käte Lichtenstein mit ihrer Tochter

Th

Plauen

Freiberg

ienbg.

Kaaden

Amtshauptn